

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Druckgebühren pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **580 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Arbeiter und Unternehmer.

(Schluß.)

Herr Schweighöffer schmückt seine Unternehmervergötterung mit der Anführung einer Anzahl bekannter Industrieller, nachdem er vorher noch ein zweideutliches Biot des für ihn unvermeidlichen und unentbehrlichen Professors Wiedenfeld für die Charakteristik der Unternehmer angeführt, das lautet: „Selbstbeschränkung gegenüber allem einzelnen, richtige Auswahl der Mitarbeiter, straffe Zusammenfassung des Ganzen, ist heute die Aufgabe des großen Unternehmers, das heißt: nicht Fertigkeiten, sondern Charaktereigenschaften werden verlangt, die Persönlichkeit ist das Entscheidende geworden.“

Sonst nichts? möchte man mit dem Grafen Traut in Subermanns „Ehre“ fragen. Einzige zutreffend dürfte die „Selbstbeschränkung von allem einzelnen“ sein. Aber das ist keine gentale Tat und kein Verdienst, sondern ein ganz gewöhnliches Brüllen von der Arbeit, das dem Proletarier die Bezeichnung als „Foulenger“ und „arbeits-scheuer Müßiggänger“ und die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis einträgt, wenn er in einem solchen steht.

Im übrigen ist das ganze Wiedenfeldsche Biot doch nichts anderes als eine schwülme hohle Nebensart, die den großen Ausbeuter und Schmaroher mit einem glänzenden Nimbus umgeben soll, damit er auf seine Umgebung, besonders und zunächst auf die große Zahl seiner Arbeiter den tiefen Eindruck erhabener Wichtigkeit machen und entsprechend großen Respekt vor ihm hervorrufen soll. Und diese leere Wichtigkeit soll die Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit des privaten Unternehmers, der privatkapitalistischen Produktion rechtfertigen! Dabei wird nichts gesagt von den Mühsal, die der „Persönlichkeit“ des Unternehmers bei der Wahl ihrer Mitarbeiter, das heißt leitender Kräfte und kaufmännischer Beamter auferlegt; auch nichts gesagt von der etwa schlechten Beziehung leitender Kräfte, von der Schöpfung und Fortsetzung solcher aus irgendwelchen Gründen von der Stellung, in die sie erst von der „Persönlichkeit“ berufen worden waren. Und wenn die leitenden Mitarbeiter gefunden sind und unter ihrer Leitung das Unternehmen gedeiht und prosperiert, welche Gerechtigkeit hat dann noch der angeblich so notwendige und unentbehrliche Unternehmer? Und da steht der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herr Schweighöffer, seine feierliche Rede, die Rede des „exakten forschenden Wissenschaftlers“ auf und redet von der Ueberlegenheit der „monarchischen Leitung“ eines Unternehmens!

Die große Zahl von Direktoren und leitenden Beamten der Aktiengesellschaften wählen die Aufsichtsräte oder Verwaltungsräte, also Kollegen, eine Mehrzahl von Kapitalisten, die als Aktionäre Mitbestitzer des Unternehmens sind und bei denen die Oberleitung liegt. Sollten nun zehn Kapitalisten als Aufsichtsräte weniger Befähigung zur Auswahl von „Mitarbeitern“ besitzen als der eine Kapitalist, der allein ein Unternehmen betreibt oder besser gesagt, von seinen Angestellten betreiben läßt — ebenso wie die Aktiengesellschaft? Ein helles Satyrspiel ist es dabei, daß Herr Schweighöffer, nur um in seiner abschließlichen Weise den Einzelunternehmer als himmelragenden Uebermenschen den Arbeitern gegenüber erscheinen zu lassen, die übrigen Kapitalisten als ebenso dumme Kerle qualifiziert. Wie die proletarischen Tytolen von Lohnarbeitern es sind.

Es sei ferner an die vielen Tausende von genossenschaftlichen Unternehmungen aller Art erinnert, deren Verwaltungsräte ebenfalls die notwendigen Tausende von Direktoren und anderen leitenden Beamten zu wählen haben. Alle diese Gesamtunternehmungen beweisen nicht nur die völlige Ueberflüssigkeit des Einzelunternehmers an sich, sondern auch das weitere, daß sie die „Persönlichkeit“ des Unternehmers als vielfach vermehrte „Gesamt-Persönlichkeit“ besitzen.

Die Verhimmelung des Einzelunternehmers durch die Anführung einzelner bekannter erfolgreicher Unternehmer, wie der Borfig, Schichau (Elbing), Vogel (Chemnitz) und Wolf (Magdeburg) ist ebenfalls eine absichtliche Einseitigkeit, und zwar in mehrfacher Beziehung. Die eine deutet Herr Schweighöffer selbst an, indem er von den „besonderen Entwicklungsmöglichkeiten“ redet, also von Glückfällen, von denen einzelne begünstigt werden. Herr Schweighöffer mag darüber das Kapitel „Glück und Glückseligkeit“ in der „Arbeiterfrage“ von Friedr. Alb. Lange nachlesen, in dem das Wunder des industriellen Emporkommens erklärt wird. Lange sagt da unter anderem: „Man kann eine beliebig große Reihe von Biographien reich gewordener Arbeiter lesen und man wird finden, daß niemals das erparte keine Kapital durch Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses und der Spararbeit zum großen Kapital geworden ist, sondern daß das Wagnis in der einen oder anderen Form seine Rolle gespielt hat. Wo das Wagnis ist, da ist aber auch der Verlust und der Schein eines durch ausgezeichnete persönliche Eigenschaften garantierten Fortkommens entfällt eben nur dadurch, daß uns der Fall des Gelingens allein stark in die Augen fällt, während die zugehörigen Fälle des Mißlingens im Verborgenen bleiben. Die Natur verbräutet eben auch hier manche Keime, um einen einzigen zu entfallen.“

Wir wissen nicht, wie viele Zehntausende von Unternehmern wirtschaftlich zugrunde gegangen sind zu derselben Zeit, da die Borfig, Wolf, Schichau, Krupp und andere ihren Aufstieg dem Keinen Anfang vollzogen. Aber die Konkursstatistik des Deutschen Reiches in unserer Zeit veranschaulicht folgendes riesige Verzeichnis verunglückter Unternehmungen: im Jahre 1895: 7111 Konkurse, 1896: 6760, 1897: 6997, 1898: 7364, 1899: 7742, 1900: 8558,

1901: 10 969, 1902: 9826, 1903: 9627, 1904: 9501, 1905: 9357, 1906: 9401, 1907: 9855, 1908: 11 571, 1909: 11 005, 1910: 10 789, 1911: 11 031, 1912: 12 094, zusammen in 18 Jahren 169 152 Konkurse.

In 188 850 beendeten Konkursfällen betrug die gesamte Schuldenmasse 5 1/2 Milliarden Mark, die Verlustsumme der Gläubiger über 4 1/2 Milliarden Mark. Die überwiegen große Mehrzahl dieser massenhaft verkrachten Unternehmungen waren solche kleineren Umfangs, so im Jahre 1912 von 8288 7525 mit einer Schuldenmasse von unter 1000 bis 50 000 M. und nur 768 solche mit einer Schuldenmasse von über 50 000 M. bis über eine Million Mark hinaus.

In denselben 18 Jahren kamen indes noch weitere 26 947 Konkurse vor, die wegen Mangel an Mitteln gar nicht durchgeführt, die Konkursanträge also abgelehnt wurden. Damit steigt aber die Gesamtzahl der Konkurse in den 18 Jahren von 1895 bis 1912 auf 196 099, rund 200 000!

Gewiß sind unter diesen verkrachten Unternehmungen auch Gesamtunternehmungen gewesen, die große Mehrzahl dürfte aber Einzelunternehmungen gewesen sein. Von diesen „Göttern“ redet Herr Schweighöffer nicht; er verhimmelt nur die glücklichen und erfolgreichen Unternehmer, was nichts anderes als bloße Erfolgsgläuberei ist.

Herr Schweighöffer verschweigt auch die große Vorarbeit, die frühere Generationen als Erbe hinterlassen, das die glücklichen Unternehmer als Grundlage für Weiterarbeit und für den Erfolg verwendeten. Er vergißt ferner auch die wertvolle und oft ebenfalls grundlegend gewesene Mitarbeit von einfachen Arbeitern, die namenlos und bestlos dahingegangen sind, während andere, die Glücklichen, die reichen Früchte ihrer Kopf- und Handarbeit einheimsten. Und Herr Schweighöffer vergißt endlich auch das Schicksal so vieler bekannter und berühmter Erfinder, die eben zugrunde gegangen sind, während die kapitalistischen Ausbeuter ihrer Erfindungen ungezählte Millionen als reiche Gewinne daraus einheimsten. Gerade jetzt erfüllen sich zwei solcher Erfinderschicksale. In Paris stand in dieser Nacht der gelehrte Erfinder Charles Lellier im Alter von 85 Jahren, der die Methode der Lebensmittelkonservierung durch künstliche Räte, also die Herstellung des Gefrierfleischs erfunden hat. Durch Erfindung des Gefrierfleischverfahrens ist Lellier zu einem Wohltäter der Menschheit geworden, wenn auch gerade das deutsche Volk dank der autoritären Gesehgebung von diesen Wohltäten sehr wenig hat erfahren dürfen. Aber in Ländern, in denen die Agrarier nicht absolut regieren, kommt heute auf den Tisch der Kinderarmut übersehtes Fleisch, das durch das Gefrierverfahren in freiem Zustande erhalten worden ist und das sich viel billiger stellt als die Produkte der einheimischen Viehzucht. Und nicht nur die Kleinen Leute haben ihren Vorteil an der Erfindung gehabt, sondern auch die großen: denn an der Ausnutzung des Verfahrens haben Großfarmer, Exporteure, Schiffahrtsgesellschaften ungeheure Vermögen gewonnen.

Ein Parierblatt bemerkt zutreffend zu diesem geradezu erschütternden und die kapitalistische Gesellschaft schändenden Fall:

„Der Fall Lellier ist ein Beispiel für viele, wie die kapitalistische Gesellschaft die Persönlichkeit fördert und geistige Arbeit belohnt. Immer wieder erzählen die Lob- und Lohnredner des Kapitalismus das Märchen von der herrlichen Wirtschaftsordnung, die — im Gegensatz zum sozialistischen Zukunftsstaat — die kraftvollen Persönlichkeiten vorwärts kommen lasse, das gelstige Verdienst, nicht bloß die „roh mechanische Arbeit“, schätze und reich entlohne. War Lellier vielleicht keine kraftvolle Persönlichkeit? Im Sinne der kapitalistischen Welt vielleicht nicht. Er war ja bloß ein bedeutender Gelehrter und ein erfindungsreicher Kopf, kein Spekulantengente, kein Herrenmensch, er hatte bloß Gehirn, aber keine Ellenbogen. Und so kam es, daß der neunzigjährige Greis am Ende, nicht so viel hatte, um sich satt zu essen und unabhängig zu wohnen.“

Wenn derartige Dinge in Frankreich passieren, so pflegt es ja immer „nationale“ Leute zu geben, die versichern, bei uns' könne so etwas nicht vorkommen. Ja, aber wie ist es denn bei uns? Bei uns verkauft der technische Beamte oft für einen Hundelohn einer kapitalistischen Gesellschaft von vornherein alle Erfindungen, die er in der Zeit seines Anstellungsvertrages möglicherweise machen könnte — und wenn die Aktien auch deswegen um tausend Prozent höher steigen würden, hätte er auch noch keinen rechtlichen Anspruch auf eine fünfprozentige Gehaltssteigerung! Jetzt soll ein neues Gesetz zum Schutz der Erfinder diese barbarische Ausbeutung der geistigen Arbeit durch das Kapital wenigstens bis zu einem gewissen Grade mildern, aber mit Recht hat eben erst der Delegiertentag der technisch-industriellen Beamten in Berlin dieses Gesetz für gänzlich unzureichend erklärt. Man sage also nicht, daß es bei uns keine Lelliers gibt und keine geben kann.

Nein, der Fall Lellier enthält nicht nur für Frankreich die kapitalistische Persönlichkeitslegende in ihrer ganzen Oberflächlichkeit und Verlogenheit. Und was der Sozialismus will, ist nicht die Unterdrückung der Persönlichkeit, sondern im Gegenteil ihre Befreiung aus den Fesseln eines Systems, das nur für den reichsten Klassen Rechner volle Schußeln übrig hat, den Mann ohne kommerzielles Talent aber, möchte es auch ein Genie und ein Wohltäter der Menschheit sein, zugrunde gehen läßt.“

Von solchen Beispielen könnten wir noch viele anführen.

Im übrigen reißt mit wunderbarem Talent Herr Schweighöffer in lustiger Reihenfolge eine Fülle an die andere, ihrer ein Duzend, vielleicht auch noch mehr, wobei er die vertegenständlich und dramatischsten Behauptungen aufstellt. Man lerne so die neue Wissenschaft der „exakten Wirtschaftsforschung“ in ihrer ganzen Schönheit und lustigen „Wissenschaftlichkeit“ kennen. Davon zum Schluß nur noch eine Probe. Die Wissenschaft der „exakten Wirtschaftsforschung“ janzart seit Jahren in wohlberedeter Art aller Welt vor, daß die deutschen Unternehmer in Deutschland selbst keine Anerkennung finden und nicht die Stellung im öffentlichen Leben einnehmen, die ihnen gebührt. Man könnte ebenfugot behaupten, daß der deutsche Kaiser

ein schlechterer Mensch sei und die Berta Krupp mit 30 Millionen Mark jährlichen Geschäftseinkommen Not leiden müsse und sich oft genug wegen Mangel an Mitteln nicht kaltesse könne.

Die Unternehmer in Deutschland genießen in Tat und Wahrheit so viel Anerkennung, daß Reich, Staat und Gemeinden, Gesehgebung, Verwaltung und alle öffentlichen Einrichtungen nur auf ihren Vorteil zugeschnitten sind; daß wir einen reinen Unternehmer- oder Klassenstaat mit Klassenherrschaft haben, der sich in allen Verhältnissen zeigt, in der Gesehgebung, Verwaltung, Justiz zc. Regierung und alle Behörden stehen nur im Dienste der Unternehmerinteressen, welches Verhältnis der verstorbene Minister v. Bötticher in einer Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller mit den klaffsch einfachen Worten zum Ausdruck brachte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“

Das genügt aber den Arbeiterfeinden und Schmarochern noch immer nicht und das ist das Geheimnis ihrer Veremte über Mangel an Anerkennung der Unternehmer. Es sind ihre alten Forderungen auf Ausnahmegeseh gegen die Arbeiter, auf Beseitigung des Sozialismus und Streikrechts der Arbeiter, auf Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung, auf Abschaffung des Reichstagswahlrechts, der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, auf Beseitigung sozialer Einrichtungen zc. noch nicht erfüllt, und darum die tiefe Unzufriedenheit der Herren von der „exakten Wissenschaftsforschung“. Sie würden erst dann zufrieden sein, wenn die gesamte deutsche Arbeiterkraft entrecht und geknebelt als Hunde vor ihnen liegen würde und sie mit ihnen tun könnten, was der ungezügelt kapitalistischen Kaustiernatur angemessen wäre.

Der Arbeiterkampf kann sich aber angehts eines solchen, ihre Verachtung anstreben des Feindes nur der Befreiungskrieg erbringen: Nieder mit einem Wirtschaftssystem, das die Verklabung der arbeitenden Menschheit, die Barbarei der großen Mehrheit des Volkes will!

Der Untermensch.

Ein furchtbar Blutbad nicht' es werden,
Wenn es nur Bösen gäh' auf Erden,
Und man zugleich die ungeduldeten
Schmachthäuser Gesehzeiten seht.
Denn ja nicht es, die Welt
Ist von Schmachthäusern noch erfüllt,
Nur Herrenmenschen, sehr geschwollen,
Die herrschen, nie gehorcht wollen,
Die nehmen möchten, niemals geben,
Dann wird gewaltig auf Tod und Leben!

Gottlob! Es gibt noch Räh' in Massen,
Die sich gebuldig meilen lassen,
Und dienen, die sich damit plagen,
Die Honigstummeln eintragen,
Und Föhner, welche fleißig „legen“
Nur unsrer Gesehzeiten wegen,
Nicht sammeln Ehre sich in Leben,
Um die und da gehorcht zu werden,
Und ferner — hier kommt' ich zum Ziel —
Gibt's auch der Untermenschen viel.

Der Untermensch tut alletag
Die Arbeit, die kein and'rer mag,
Er buhlet fromm und unbestagt,
Was sonst kein Mensch erdulden wird,
Er neigt sich tief vor jedem Froh
Und macht dem Herrschbass' schüchternig' Platz.
Und wagt's nicht, heimlich das zu denken,
Was ehern andern könnte kränken,
Dai solch ein Untermensch' Vermögen,
Dann bringt's ihm selber keinen Segen.

Von jedem wird er angepakt
Und angepumpt, gepuht, gemacht,
Bis er am End' nichts mehr behält.
Dann heißt's: „Was braucht der Schafstopp' Ged?'
Und ist der Untermensch' gefahrt.
Woll' fleißig, voll Weisheit' selb'ner Art,
So bleibt er doch den Föhnen fern
Und schüfter immer subalter,
Bis er ist alt und grau geworden —
Sein Vorgesetzter kriegt die Diden.

Sat mal in seinen guten Stunden
Der Untermensch' etwas erfunden,
Was unsere Technik noch nicht kennt,
So nimmt ein and'rer das Patent,
Um den Erfinder fatt zu lohnen
Und einzuhaimen Millionen.

Und wenn der Untermensch' verschief,
Ganz heimlich, wo es keiner sieht,
Dann steht er vor der Himmelstorte,
Gebuldig wie an jedem Orte,
Und ruft dann Petrus: „Komme herein,
Nach aller deiner Erdenspen,
Gebuldiges und frommes Samm.“
Dann steht der Untermensch' noch stromm,
Die Hände an der Hofenmaht
Und bleibt so stehen — in der Fat —
Bis ihn die Engel zern' und liehen
Zus' himmelreich' (Abteilung VII).

Die Behandlung der Arbeiter in der Grobisenindustrie.

Nach zwei Bildern aus einem großen Stättenwerk.

In der Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung vom 1. November 1913 haben wir an einem Auszug aus dem Bericht von einer Gewerkschaftsberufung bargelegt, wie die Arbeiter in der Grobisenindustrie behandelt werden. Und zwar handelte es sich um die Union der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft in Dorsmund. Als Ergänzungsdild bringen wir nachfolgend aus einer andern Verhandlung des Gewerbegerichts in Dortmund zwei Fälle, die das Elend und Stillsitzen s' d'ich, gleichfalls ein Stättenwerk, betreffen.

Das revolutionäre Del.

Del gegen Kohle.

Ein neues Zeitalter bricht an: das Zeitalter des Oeles. Zwar knatterten seine Sendboten in Gestalt von Kraftwagen schon seit Jahren in unseren Straßen und zahlreich ist das Erlebnis, das durch Dieselmotoren bewegt wird. Trotz alledem galt die Dieselfische Erfindung bis vor kurzem noch als eine durch tastende Versuche gehemmte, als eine fragwürdige Neuerung. Nun aber ist die Unklarheit beseitigt, die vielen Zweifel sind zum Verschwinden gebracht: die Möglichkeit der allgemeinen Verwendbarkeit des Oeles als Kraftstoffquelle ist in der Republik der Technik durch viele Versuche bargetan und allseitig anerkannt.

Dieser Tatsache gerecht zu werden, heilen sich Kapitalisten, Volkswirtschaftler, Fabrikanten und Staatsmänner. Dem Siegeszuge des Oeles steht bald nichts mehr im Wege, und seine unbeschränkte Ueberlegenheit bürgt dafür, daß es bald als Mittel der Erzeugung von Maschinenkraft triumphiert. Zuerst und vor allem wird es die Kohle aus den Maschinenhäusern, Schiffsbunkern und Lokomotivhäusern verdrängen. Bald werden wir in unserm Verband zu den Dampfmaschinen auch Dieselmotoren bekommen; bald wird der Lokomotivführer neben sich nicht mehr einen rauchschwarzen Kohlenkammermann, sondern einen „Oeleinlasser“ haben; bald wird man nicht mehr auf Dampf, sondern auf „Oelern“ das Meer kreuzen.

Der Siegeszug des Oeles bedeutet eine vielgestaltige Umwälzung auf dem Gebiete der Industrie, des Seehandels, des Flottenwesens und der Politik. Wie, in der Politik? Ganz richtig. In welcher Art das Del die Politik beeinflussen wird, nein heute schon beurteilen, soll weiter unten gezeigt werden. Doch vorerst sei der Kräfte oder Vorteile gedacht, die den Triumph des Oeles verbürgen.

Nicht jedermann weiß, daß die Umwandlung der Wärmeenergie in mechanische Energie, die Erzeugung von Maschinenkraft durch Dampf, eine ungeheure Vergeudung ist. Bei der Dampfmaschine James Wats lebten sich bloß 6 — sechs — Hundertteile der Wärme in mechanische Kraft um; sogar die besten der Dampfmaschinen zur heute können kaum mehr als 15 Hundertteile der Wärmeenergie zur Geltung bringen, so daß selbst bei diesen Wundern der Technik siebzehn Zwanzigstel der mit vieler Mühe und Gefahr geförderten Kohle verloren gehen. Diese ungeheure Verschwendung wird durch die Dieselmotoren beträchtlich vermindert. Das in ihr verwendete Del hat eine Ausnutzung von 35 Hundertteilen. Daß diese Leistung durch Verbesserung des Motors noch gesteigert werden wird, kann als sicher gelten.

Aber damit ist die Ueberlegenheit der Dieselmotoren über die Dampfmaschinen, aber wenn man will, die Ueberlegenheit des flüssigen Brennstoffs über den festen noch lange nicht erschöpft: neun Kilogramm Del erzeugen soviel Wärme wie vierzehn Kilogramm guter Kohle; es ist ein Viertel leichter und kann bequemer untergebracht werden, alles Vorteile, die bei den Bahnen und Schiffen sehr ins Gewicht fallen.

In der Schweiz wurden schon im vorigen Jahre Versuche mit Dieselmotoren angestellt. Die dabei gemachten Erfahrungen werden anderen Ländern den Uebergang von der Dampfmaschine zur Dieselmotorenbauweise erleichtern. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Dieselmotorenbauweise in Amerika zur allgemeinen Verwendung kommen, denn sie bietet Gewähr, die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der großen Ueberlandbahnen zu überwinden. Den ständig steigenden Anforderungen glaubte man durch Verwendung von Del neben der Kohle gerecht werden zu können. Gewiß konnte durch Einspritzen von Del unter den Kessel schnell eine große Hitze, mehr Dampf zur Ueberwindung der Steigungen erzielt werden. Allein mit der Zunahme der Größe der Maschinen sind neue Schwierigkeiten gekommen, die eben nur durch Dieselmotoren zu beheben sind. Die Dieselmotorenbauweise bildet eine ständige Feuergefahr für Dörfer und Wälder, und dann verlangt ihr gegenüber die Kraft des Heizers. Ein Feuermann, der auf einer dieser Lokomotiven auf einer Strecke von 130 Meilen Kohlen schaufelt, ist schon vor Ende der Fahrt körperlich erschöpft. Stände dagegen an Stelle der Dampflokomotive die Dieselmotorenbauweise, so wäre die Anstrengung des Heizers um vieles geringer, er käme viel später am Ende der Strecke an. Dazu kommen natürlich noch andere Vorteile, die auch bei der Schifffahrt in Betracht kommen.

Der mit zwei Dieselmotoren von je 1200 Pferdekraften ausgestattete Dampfer „Selandia“ brachte auf seiner Jungfernfahrt von Antwerpen bis Bangkok 800 Tonnen Del, hätte er Dampfmaschinen gehabt, so wären 3000 Tonnen Kohle nötig gewesen. Oder: die 800 Tonnen Del kosten 31 500 M., 3000 Tonnen Kohlen aber kosten an die 60 000 M. Somit sind auf dieser einen Seefahrt allein 28 000 M. an Feuerung gespart worden. Das Handelsdampfgeschiff „Gonolulan“ war mit 7000 Tonnen Kohlen

Zur Verhinderung des Schwärzens und zur Erhöhung der Lichtausbeute greift die General Electric Company in Schenectady (New-York) ein schon früher angewandtes, aber damals sehr geschätztes Mittel wieder auf: die Einführung von Gasen, wie Stickstoff oder Quecksilberdampf, bei atmosphärischem Druck. Zunächst erzielte man mit diesem Verfahren wiederum keinen Erfolg; erst als man dazu überging, Quecksilber in wesentlich größerem Durchmesser und geringerer Länge zu benutzen, erhielt man die gewünschte Wirkung, hohe Lichtausbeute bei geringerem Energieverbrauch. Die besten Ergebnisse lieferten Quecksilberdampf, die zu einer dichtgedruckten Spirale aufgewickelt sind, und es ergab sich ferner, daß die Lichtausbeute um so größer wird, je größer der Durchmesser der Spirale ist. Das Schwärzen der Glöhle geht nun mit Erfolg auch dadurch zu vermeiden, daß die Quecksilberspirale nach oben in einem verhältnismäßig langen und dicken Aufschraubwerk ausläuft, wo das verdampfende Quecksilber als leichter brauner Nebel niederlagern kann, ohne die Glasglöhle selbst zu trüben. Mit diesem Verfahren gebundenen Fäden in Stickstoff können sehr hohe Lichtausbeuten erzielt werden. Die in Deutschland noch hiesigen Prinzipien fortgesetzten hochwertigen Metallglöhle, die Natrium- und die Natrium-Halbwatlampe, haben eine Lebensdauer von durchschnittlich 800 Stunden ohne jede Wartung und Bedienung. Ihr Energieverbrauch beträgt 0,5 Watt pro Kerze, übersteigt also noch die 100kerzigen Osram-Quecksilberlampen mit einem Verbrauch von 0,8 Watt pro Kerze. Die beiden neuen Lampen, die sich nur durch die Anordnung des Quecksilberdampfes und der Anordnung unterscheiden, werden in vier Größen geliefert mit Leistungen von 600, 1000, 2000 und 3000 Leistungskerzen. Die Quecksilberlampen können in Einzel- wie in Serienanordnung und eignen sich gleich gut für Gleichstrom wie für Wechselstrom.

Die hohe Temperatur des Quecksilberdampfes verleiht der Lampe einen lebhaften Glanz, der in seiner Helligkeit dem Tageslicht entspricht. Die geringere Anordnung des Quecksilberdampfes macht die Lampe unempfindlich gegen Erschütterungen. Je nach dem Verwendungszweck kann die Quecksilberlampe durch geeignete Anordnungen so ausgebildet werden, daß sie ein Maximum unter einem größeren oder kleineren Winkel gegen die Horizontale zeigt, und daß die Lampe ihr Licht auf eine kleinere oder größere Fläche verteilt. Die Lampen werden wegen ihres ruhigen und gleichmäßigen Lichtes von größter Geltung, wegen des Bestandes leichter Bedienung und besonders wegen ihrer geringen Stromkosten bei Verwendung auf allen Gebieten der Innen- und Außenbeleuchtung des Hellschreibens. Auch hinsichtlich der Hygiene und der Feuergefahr sind die neuen Halbwatlampe mit Quecksilberdampf der Quecksilberlampe weit überlegen. Da die neue Lampe

beladen, wurde aber mittels Dieselmotoren getrieben. Für die 14 000 Meilen lange Reise von Baltimore nach Seattle wurden 1866 Tonnen Del gebraucht, hätte er Dampfmaschinen gehabt, wären 6600 Tonnen Kohlen, also ein Viertel seiner Ladung nötig gewesen.

Die Dieselmotorenbauweise verlangt weder Kessel noch Kohlenbunker. Der kostbare Raum, den heute in der Mitte des Schiffes verstopfen, kann für Ladung benutzt werden. Das Del läßt sich bequem im Kiel oder an anderen für Fracht nicht verwendbaren Orten unterbringen und kann leicht in einem Rohr in den Maschinenraum geleitet werden. Zur Ersparnis an kostbarem Raum kommt noch die an Arbeitskräften. Daß die Kesselräume der Dampfer staubige, heiße, schmierige Räume sind, ist allbekannt. In der heißen Hölle eines neuzeitlichen Kriegsschiffes schufteten und schmoren an die 300 Menschen. Würde es durch Dieselmotoren bewegt, genügen 30 „Schmierer“. Bei Kohlenheizung bedarf es mehr als 15 Minuten, das Schiff „unter Dampf“ zu setzen, hat es Dieselmotoren, ist es in weniger als 5 Minuten fahrfähig. Das Einladen der Kohlen ist immer eine elend schmutzige, von der ganzen Schiffsmannschaft geübtete Arbeit, und auf hoher See ist sie sehr zeitraubend und gefährlich obendrein. Die Besatzungen werden durch Belohnungen und sonstige Vergünstigungen zu äußerster Anstrengung beim Kohlenladen aufgestachelt. Von der Mannschaft des britischen Kriegsschiffes „HMS Eborac VII.“ wird berichtet, sie habe im Laden die Weltgeschichte — 1450 Tonnen in 3 1/2 Stunden — vollbracht. Die entsprechende Menge Del kann in 15 Minuten von ein paar Leuten ins Schiff geleitet werden.

Eine Kriegsflotte muß, falls sie auf der Fahrt keine Kohlenstationen vorfindet, ständig von einer Anzahl den Brennstoff nachfahrender Schiffe begleitet sein. Welche riesigen Gelbausegaben das verursacht und welche Schwierigkeiten das Kohlenladen auf hoher See verursacht, erfährt man vor einigen Jahren bei der nach dem ostasiatischen Kriegsschauplatz segelnden russischen Flotte. Ist Del an Stelle der Kohle getreten, wird ein einziges Schiff und eine einfache Rohrleitung zum Nachschaffen und Einladen des Brennstoffes genügen, wenn unterwegs die Ergänzung des Delvorrates notwendig werden sollte, was sehr unwahrscheinlich ist, da Del in einer für jede Kessel genügenden Menge im Schiffsrumpf mitgenommen werden kann. Ein (durch Dieselmotoren getriebenes) Schiff vermag die ganze Welt zu umsegeln, kann Schlachten schlagen und wieder heimkommen, ohne nötig zu haben, unterwegs ein Pfund Brennstoff einzunehmen. Das heißt also: das „Kochen“, Einrichten und Unterhalten von Kohlenstationen ist nicht mehr notwendig; mit der Durchbrennung von Kohlenstationen zu Kohlenstation hat es nun ein Ende; zeit- und geldraubende Aufenthalte wegen Nachfüllens der Kohlen nicht mehr; das Verschmucken der Matrosen und Schiffe durch Kohlenstaub hat aufgehört.

Damit ist ein langes, unerfüllbar schmerzliches Sehnen endlich erfüllt: die Schifffahrt ist von den Kohlenstationen unabhängig geworden. Eine vielverheißende Kunde für alle Seehandel treibenden Nationen, wenn auch nicht gerade für die englische. Gewiß, auch der Schifffahrt Englands, dem britischen Weltreich bringt die Erhebung der Kohle durch das Del Vorteile, aber auch große Nachteile, die Großbritanniens Industrie, Seehandel, Kriegsflotte und nicht zuletzt seine Arbeiterklasse zu tragen haben. Das Del bedroht Englands Ueberlegenheit auf mehr als einer Seite!

Das Del und Englands Ueberlegenheit.

Im Vereinigten Königreich sieht man dem kommenden Zeitalter des Oeles mit recht gemischten Gefühlen entgegen. Aus guten Gründen. Diese sanfte Flüssigkeit bedroht die Ueberlegenheit des Vaterlandes der Industrie. In der Tat!

Das neblige Inselreich ist von der Natur nicht gerade reich beschenkt worden. Von den Stoffen, die das Baumaterial eines Industriestaates bilden, besitzt England (neben dem Erz) nur Kohle in reichem Maße. So ziemlich alle anderen Rohstoffe, wie Baumwolle und Häute, Del und Holz, müssen eingeführt werden, dazu noch die Hälfte der Lebensmittel. Diese Dinge sind schon immer und verlangen viel Raum in Schiffsböden. Tausende von Fahrzeugen sind nötig, die Speicher der Industrie sowie die Speisekammern der Nation zu füllen. Für die Ausfuhr aber aus den köstlichen Rohstoffen erzeugten feineren, leichteren Waren bedarf es viel weniger Schiffe. Ein großer Teil der Frachtdampfer als auch alle die Lebensmittel herbeischaffenden Schiffe müßten leer die lange Seereise antreten, hätte England nicht ein prächtiges Ausfuhrgut: Kohle.

Die Kohlenflöße Englands liegen zum guten Teil in der Nähe der Meeresküste. Ohne große Kosten können die schwarzen Diamanten in die Häfen geschafft werden. Hier werden sie in die mit Lebensmitteln und Rohstoffen heimgeführten Schiffe verladen und in die kohlenarmen Länder geschafft. Die Kohlenstationen an den großen Frachtdampfern nach Ostasien und Afrika sind nachgerade alle im Besitz des britischen Weltreiches. Die Dampfer aller der Nationen, die

im Vergleich zu einer Bogenlampe entsprechender Lichtstärke viel leichter ist, kann an den Kosten für die Aufhängungsbearbeitung bedeutend gespart werden. Sollte es gelingen, Halbwatlampe noch höherer Lebensdauer als 800 Brennstunden herzustellen, so dürfte das Schicksal der Bogenlampe noch viel schneller entschieden sein.

Fahrerlose Lokomotiven.

Neuerdings werden in vielen mit Kleinbahnbetrieben ausgestatteten industriellen Werken elektrische Lokomotiven verwendet, die ohne Führer und sonstige Beaufsichtigung fahren. Diese werden mittels Akkumulatoren angetrieben und sind mit einer automatisch wirkenden Ein- und Auswahlvorrichtung versehen, die das Anhalten und Wiederangehen der Maschine ohne jede menschliche Bedienung selbsttätig besorgt. Die Einrichtung besteht in der Hauptsache aus einem am Kopfende der Lokomotive angebrachten pufferartigen Bügel, der beim Anfahren eines Hindernisses zurückweicht und dabei den elektrischen Strom von der Antriebsmaschine ausschaltet und auf ein elektrisches Bremswerk überleitet, durch dessen Wirkung der Zug fast augenblicklich zum Stehen gelangt. Wird das Hindernis beseitigt und dadurch die Strecke frei gemacht, so kehrt der Bügel in seine Ruhelage zurück, schaltet die Bremse aus und den Antrieb wieder ein, so daß der Zug weiterfahren kann. In den Haltestellen der Bahn sind nun derartige leicht ein- und auswechselbare Gemütsanordnungen, mittels derer das An- und Abfahren der Lokomotive nach Belieben geregelt werden kann. Ebenso kann der Zug von einer Person durch Ergreifen und Festhalten des Bügels leicht und sicher zum Stehen gebracht werden. Bedingung bei diesen Lokomotiven ist allerdings die Anbringung eines Führers, der nur eine bestimmte, nicht zu große Fahrgehwandigkeit zuläßt. Derartige fahrerlose Akkumulatorkleinlokomotiven sind vor allem für eng begrenzte Bahnbetriebe geeignet, bei denen es darauf ankommt, durch Ersparnis der Bedienung einen möglichst billigen Betrieb zu erzielen. Sie haben bereits eine weitgehende Verbreitung gefunden, und zwar besonders in Steinbrüchen, Braunkohlen- und Kalibergwerken, sowie in Zerkleinungs- und Kiesgruben, auf Gleisen, in Steinbrüchen, Fabrikanlagen und auf kleinen Nebenbahnen in Fabriksorten und Bergwerken.

Das Zinn und seine Gewinnung.

Zinnereze werden zwar in allen Weltteilen gefunden; trotzdem ist aber ihr Vorkommen geologisch ziemlich eingegrenzt und im allgemeinen an die Lagerung älterer Gesteine gebunden. Besonders sind es Quarz und Granit sowie deren Umwandlungs- und Lagerungsprodukte, wie Quarzit, Porphyre, Aktinongranit, Glimmer

Technische Rundschau.

Eine neue Bauart der Bogenlampe.

Im letzten Jahresbericht der Berliner Elektrizitätswerke wird unter anderem bereits auf die neueste Bauart der Bogenlampe hingewiesen und hierüber folgende beachtenswerte Notiz gemacht: „Eine bedeutende Fortschritt in der öffentlichen Beleuchtung stellt die neue hochwertige Metallbrennlampe in Aussicht, die die Hälfte des Stromes der bisherigen gleichartigen Lampen konsumiert.“ Diese kann eine Neuerung hat in jüngster Zeit auf dem großen Gebiet der Beleuchtung einen hervorragenden Fortschritt hervorgerufen wie die neuen Aluminium-Startlampen für Elektrizität. An Lampen, die für Außenbeleuchtung dienen, wird die Forderung gestellt, daß sie unempfindlich gegen Witterungsbedingungen sind, wenig Strom verbrauchen, viel Licht geben und möglichst wenig Bedienung benötigen. Mit den Bogenlampen, die wegen ihres Beleuchtungsgebietes ausschließlich bevorzugt sind, umwagt die hochwertige Metallbrennlampe in erfolgreichster Konkurrenz zu treten.

Der Leuchtkörper dieser Lampen besteht aus gegossenem Natriumdraht von sehr großer Festigkeit bei sehr geringem Querschnitt. Die Betriebstemperatur, auf die ein solcher Faden gebracht werden muß, beträgt nach einem Versuche bei einer normalen Metallbrennlampe etwa 3070 Grad Celsius, liegt also weit unter dem Schmelzpunkt des Wolframs, der zu 3000 Grad Celsius ansteigt. Mit höherer Temperatur wird die Lichtausbeute, das heißt der Anteil der in die Lampe hineingeleiteten elektrischen Energie, die in Licht verwandelt wird, immer größer. Das heißt für diese Lampe, daß das Verhältnis der der Lampe zugeführten Energie in Watt zu der gemachten Lichtleistung in Lumen ein immer kleinerer Wert ergibt. Es liegt daher nahe, daß man diesem Ziel nach, die Temperatur des Fades möglichst hoch zu setzen. Schon bei einer Steigerung um 200 Grad, das heißt auf 3270 Grad, nimmt die Lichtausbeute beträchtlich zu, das heißt die Lampe vermag mit noch mehr als die Hälfte, 0,5 Watt pro Kerze, verbleibend gegen den früheren Energieverbrauch von 1,1 Watt pro Kerze.

Die oben erwähnte, die Temperatur des Fades durch Stromzuführung so weit zu steigern, wie es der Schmelzpunkt des Wolframs zuläßt, ist eine sehr schwierige Aufgabe. Die sehr dünnen Fäden brauchen in dieser Zeit, wenn auch in der hochwertigen Metallbrennlampe, einen sehr geringen Schutz, die auf den Faden verbracht werden und ein Schmelzen des Fades verhindern. Man vermag daher, ein möglichst dichtes Vakuum in der Lampe herzustellen, so daß die Luft die Mittel zur Erzeugung eines Lichtes bilden kann.

zu „Kohlenplättchen an der Sonne“ ihr Eigen nennen, sind gezwungen, ihre unterwegs leer gewordenen Bunker mit englischer Kohle zu füllen. Mit anderen Worten: die Kohle ist für Englands Schifffahrt das, was man möchte sagen, ideale Aushubgut; dank der Ausdehnung des britischen Reiches ist ihm ein günstiger Absatz gesichert. Dazu stellt die Kohle in hohem Maße den Ausgleichswert für die dabei verbrauchten Einfuhrwaren, wie Lebensmittel zc. dar.

Englands Reichthum beruht darnehmlich auf seiner Industrie und seinem Welthandel; Industrie und Welthandel aber verdanken ihre Entfaltung und heutige Größe nicht zum wenigsten dem Vorhandensein reicher Lager guter Kohle. Eine Verminderung der Bedeutung der Kohle als Aushubgut heißt die Verringerung der Bedeutung der Industrie und des Welthandels; des Reichthums Englands. In der That!

Sind die schwarzen Diamanten weniger oder kaum noch notwendig für Industrie und Schifffahrt, ist seine Absatzmöglichkeit verringert, vielfach ganz vernichtet. Viele der Lebensmittel und Rohstoffe heimbringenden Schiffe müssen die Ausreise ohne Ladung machen. Die Folge ist eine Steigerung der Einfuhrkosten um zwanzig, dreißig, vierzig und noch mehr Hundertprozent. Diese Mehrausgaben hat die heimische Industrie zu tragen, wodurch ihre Wettbewerbsfähigkeit sichtbar beeinträchtigt wird. Daß die englische Industrie jetzt schon von Amerika und Deutschland schwer bedrängt ist, ist münchlich bekannt. Eine noch stärkere Bedrohung ist geeignet, die berühmte Seelerde des kapitalistischen John Bull, die im letzten Jahrzehnt ohnehin sehr schwer gelitten hat, noch mehr zu verderben. Freilich wird sich das Unternehmertum für den entgehenden Gewinn durch Erhöhung der Warenpreise und durch Verminderung der Arbeitslöhne schädlich zu halten suchen. Da der einen enge Grenzen gezogen sind, wird die andere um so mehr versucht werden. Das Bestreben aber, die Löhne zu brechen, heißt Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft, Streiks und Auspflanzungen hervorgerufen, heißt eine noch stärkere Schwächung des Glaubens des proletarischen Massen an die Arbeiterfreundlichkeit seines „natürlichen Führers“, des Fabrikanten.

Kurz: die Entthronung der Kohle ist die Vernichtung der Sonderrechte des Mutterlandes der Industrie, als da sind: billiger Warentransport, verhältnismäßig leichte Bildung von Ausgleichswerten, Harmonisierung der Arbeiterschaft und andere mehr.

Und die Kohle wird entthront werden, mindestens wird ihre handelswirtschaftliche und industrielle Bedeutung stark verringert werden durch das Öl. Der Antrieb von Schiffen und Transmissionsmaschinen durch Dampfmaschinen ist wirtschaftlicher, weniger schmutzig als durch Dampfmaschinen. Wenn aber die Schiffe keine Kohlen mehr brauchen und genügend (flüssigen) Brennstoff für eine lange Seereise aus dem heimischen Hafen mitnehmen können, sind die Kohlenstationen wertlos; und wenn der Fabrik- und Bahnbetrieb durch Öl billiger ist als durch Dampf, geht der Kohle das wichtigste Absatzgebiet verloren. Das bedeutet für das Mutterland der Industrie im Besonderen, daß viele seiner Schiffe Aushubgut nicht mehr haben werden, daß ihre Zahl aber trotzdem nicht vermindert, sondern vermehrt werden muß, um den nötigen flüssigen Brennstoff herbeizuschaffen, denn das Vereinigte Königreich hat keinerlei Ölquellen.

Die Sorge um die Ölbeschaffung beschäftigt die englische Öffentlichkeit und noch mehr die britische Admiralität schon jetzt gerahmter Zeit. Da die Kriegsmarine in anderen Staaten zum Dampfmaschinenbetrieb übergeht, darf natürlich die größte Flottenmacht der Welt nicht zurückbleiben. Denn was wäre das britische Weltreich ohne überlegene Flotte? Eine leuchtende Deute für wettbewerbsfähige Maschinen? Oder was wäre die englische Kriegsflotte ohne wirksame Maschinen oder größtmögliche Geschwindigkeit? Ein Hausen dem Zusammenstoßen ausgelegter Raketen. Das weiß niemand besser als die britische Admiralität. Ihrem Streben, die Kriegsflotte auf einer überlegenen Höhe zu halten, stehen aber gewichtige Hindernisse entgegen. Deren Unerkennbarkeit läßt eine Rede des ersten Lords der Admiralität erraten:

„Die erste der Schwierigkeiten ist der Mangel des Inlandeises an flüssigem Brennstoff und die geringfügigkeit der Aussicht auf irgend eine Ölquelle im ganzen britischen Weltreich. Dann stehen wir einer Preissteigerung und weitgehender Art gegenüber, die der Teil eines Versuches auf tieferer Stufenleiter ist, alles Öl aufzukaufen sowie die Erzeugung zu beherrschen. Die Admiralität muß nicht nur das Öl für ihren täglichen Gebrauch zu hohen Preisen kaufen, sondern sie muß auch noch einen großen Vorrat ansammeln. Eine große Zahl Ölbehälter muß in allen Kriegshäfen und an anderen Plätzen errichtet, Schiffe für die Ölfuhr zu den Flotten müssen gebaut und Makrelen müssen zu Wasser und zu Lande getroffen werden zwecks wirksamer Verteilung.“

Selbstverständlich begegnen auch den anderen karmen Staaten die gleichen Schwierigkeiten, wenn auch nicht in dieser Größe, da

der Ölbedarf ihrer Flotte mit kleineren Mengen gedeckt werden kann. Es ist einleuchtend, daß die Ueberwindung der Schwierigkeiten schrecklich viel Geld kostet. Für das laufende Jahr sind in den englischen Etat 20 Millionen Mark für Ölbehälter und Tankschiffe eingestellt worden. Dießem Umfang wird das Ende bald nachfolgen. Mein wie groß auch die Summe für Aufspeicherung und Verteilung des flüssigen Brennstoffes sein mag, sie wird sich neben der Summe, die für den Ankauf von Ölquellen für den Staatsbedarf, das heißt für die Kriegsmarine, ausnehmen wie ein Maulwurfsberg neben einem Berg.

Es gehört heute keine besondere Gabe mehr dazu, vorauszusagen, daß in einigen Jahren das Öl für die Kriegs- und Handelsmarine wie für Industrie, Bahnen und Kraftwagen ebenso notwendig sein wird wie gegenwärtig die Kohle. Aber so ziemlich alles, was von dem so notwendigen Brennstoff vorhanden ist, befindet sich im Besitz einer Handvoll Oligarchen, die, gemäß dem Grundsatz der Manchesterleute, so billig wie möglich eingelauft haben und nun so teuer wie möglich zu verkaufen suchen. Das wirtschaftliche Leben wie die Verteidigung des Landes von den Preisbewegungen des Ölmarktes, oder eigentlich, von dem guten Willen der Oligarchen abhängig werden lassen, wäre eine verheerende Nachlässigkeit der Regierungen, deren sich die britische nicht schuldig machen darf noch will. Sie ist fest entschlossen, einen Schritt auf dem Wege zum — Staatssozialismus zu tun. Wenigstens ließ sie im Unterhaus durch den Marineminister Churchill erklären: „Wir müssen Vorker, jedenfalls aber Beaufschiger (controller) von mindestens fünf Oligarchen werden, wie unser Bedarf erfordert.“ Demnach will die englische Regierung das tun, was die amerikanische schon zu Laßts Zeiten getan hat, nämlich Oligarchen von Staats wegen für staatliche Zwecke ankaufen, um so wenigstens den Ölbedarf der Kriegsmarine sicherzustellen. Das ist ohne Zweifel eine vom englischen Staatsstandpunkt aus lobenswerthe Maßnahme. Die Frage ist nur: Wie und wo?

Doch damit kommen wir zu dem interessanten Kapitel: Öl und Politik.

Die Krankenversicherungszuständigkeit der Montage- und Installationsarbeiter nach der Reichs-Versich.-Ordnung.

Die Feststellung der Krankenversicherungszuständigkeit, mit anderen Worten, die Entscheidung der Frage, welche Krankenkasse in Krankheitsfällen zur Unterhaltungsleistung verpflichtet ist, hat für die Montage- und Installationsarbeiter unter dem bestehenden Krankenversicherungsgesetz manche Schwierigkeiten verursacht. Nicht selten, daß es dabei nicht blieb, sondern es stellten sich auch sonstige Nachteile für die Betroffenen heraus. Diese wurden um so schwerer empfunden, als bekanntlich der Arbeiter bei eintretender Erkrankung in der Regel keine anderen Einnahmen als die kärgliche Krankenerstattung hat. Weist diese aus, so ist er und seine Familie nur zu oft der Not und dem Elend preisgegeben und es steht ihm nur als letzter Ausweg offen, die Armenfürsorge zu beantragen.

Die bisherige Krankenversicherungszuständigkeit der Krankenversicherungspflichtigen Arbeiter wird durch die §§ 5, 5a und 16 des Krankenversicherungsgesetzes geregelt. Nach § 5 ist auf Grund der Gemeindefrankenversicherung im Erkrankungsfall die gesetzliche Unterhaltung von der Gemeinde zu gewähren, in deren Bezirk der Versicherte beschäftigt wurde. Da das auch für die übrigen Träger der Krankenversicherung gilt, so wurde hierdurch für die Regel der Beschäftigungsort für die Versicherungszuständigkeit maßgebend, das heißt der Versicherte hat, wenn er nicht die Mitgliedschaft einer dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hilfskrankenkasse oder einer Betriebskrankenkasse bezieht, der Zwangskrankenkasse anzugehören, die für den Bezirk seines Beschäftigungsortes besteht. Dabei wird vorausgesetzt, daß der Begriff der Arbeitsstätte keine zu enge Begrenzung erfährt. Als Arbeitsstätte gilt der Ort, wo der Arbeiter ständig seine Beschäftigung ausübt, woran eine vorübergehende kurze anderweitige Beschäftigung im Dienste des gleichen Unternehmers nichts ändert. Im wesentlichen kommt § 5 des Krankenversicherungsgesetzes nur für die ständig an einem Orte beschäftigten Arbeiter in Betracht.

Die Verhältnisse der an wechselnden Orten beschäftigten Arbeiter werden durch § 5a des Krankenversicherungsgesetzes geregelt. Es wird darin gesagt, daß für Personen, die in Gewerbebetrieben beschäftigt sind, deren Natur es mit sich bringt, daß einzelne Arbeitsstätten an wechselnden Orten außerhalb der Betriebsstätte ausgeführt werden, auch für die Zeit, während welcher sie mit solchen Arbeiten beschäftigt sind, als Beschäftigungsort der Sitz des Gewerbebetriebs gilt. Diese Bestimmung fand in dem § 15, Absatz 3 des Ausdehnungsgesetzes vom 28. Mai 1885 zum Krankenversicherungsgesetz eine Ergänzung in der Richtung, daß im Zweifelsfalle als Beschäftigungsort der Sitz des

Gewerbebetriebes zu gelten hat. Der Zweck dieser Bestimmung war, zu verhindern, daß mit jedem Ortswechsel, wie es die Tätigkeit der Montage- und Installationsarbeiter mit sich bringt, eine andere Versicherung eintritt und aus der fortgesetzten An- und Abmeldung der Arbeiter zur Krankenkasse Scherereien und Unzulänglichkeiten entstehen. Ganz wurden diese jedoch nicht vermieden. Die Frage: wann liegt eine einzelne Arbeit an wechselnden Orten im Sinne des § 5a des Krankenversicherungsgesetzes vor? ließ sich nicht immer leicht und einwandfrei beantworten. Nicht jede Arbeit außerhalb des Betriebsortes war als eine im Sinne des § 5a zu betrachten. Nur Arbeiten, die vorübergehender Natur waren und eine verhältnismäßig kurze Zeit für ihre Ausführung beanspruchten, konnten darunter fallen. Die Praxis wählte jedoch andere Wege. Das Reichsgericht entschied doch, daß für die Versicherungszuständigkeit aller Arbeiter eines Unternehmers, die er außerhalb seiner Betriebsstätte beschäftigt, der Betriebsort entscheidend ist und die Mehrzahl der Verwaltungsgerichte schloß sich dieser Auffassung an. Das hatte zur Folge, daß nicht nur die von dem Unternehmer vom Betriebsort aus zur Montage oder Installation nach einem anderen Orte entsandenen Arbeiter Mitglieder der am Betriebsort bestehenden Krankenkasse blieben, sondern auch die an Orte der Montageausführung angefertigten Arbeiter dieser Krankenkasse beizutreten hatten und jetzt noch beitreten müssen, da die Neuordnung der Krankenversicherung durch die Reichsversicherungsordnung erst am 1. Januar 1914 in Kraft tritt. Anders das bayerische Oberverwaltungsgericht, das in allen Fällen, wo Arbeiter außerhalb des Betriebsortes an einer selbständigen und nicht nur kurze Zeit in Anspruch nehmenden Arbeit beschäftigt wurden, die Versicherungszuständigkeit für den Beschäftigungsort als vorliegend erachtete. Diese verstreuten Rechtsanschauungen hatten für die Versicherten mancherlei Unzulänglichkeiten. Weiter war unter dem alten Recht keine Änderung und Uebereinstimmung der Rechtsprechung herbeizuführen.

Das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung auch für das Gebiet der Krankenversicherung wird diese Uebelstände, wenn auch nicht ganz, so doch zum großen Teil beseitigen. Besonders wird sie eine einheitliche Rechtsprechung bringen, die so lange fehlte. Maßgebend für die Neuordnung der Verhältnisse sind die §§ 153 bis 156 der Reichsversicherungsordnung. In sich enthalten diese Bestimmungen gegenüber den einschlägigen Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes nichts wesentlich Neues. Sie zeichnen sich aber durch größere Klarheit und Bestimmtheit aus, so daß für die Zukunft eine Anzahl bisher zweifelhafter Fälle ausschließen werden. Für die gewerblichen Arbeiter kommen nur die §§ 153, 154 und 155 der Reichsversicherungsordnung in Betracht. Danach ist Beschäftigungsort des Arbeiters der Bezirk, wo die Arbeitsstätte des Versicherten, oder der Betrieb, in dem er beschäftigt wird, liegt. Dieser Beschäftigungsort ist in der Regel für die Versicherungszuständigkeit maßgebend, das heißt der Versicherte gehört der für den Bezirk des Beschäftigungsortes errichteten und für den Betrieb zuständigen Zwangskrankenkasse an. Erstreckt sich eine Betriebsanlage auf mehrere Orte oder Versicherungsbereiche, so ist für die Zuständigkeit zur Krankenkasse der Betriebsort maßgebend. Dafür kann je nach den Verhältnissen der Sitz des Hauptbetriebs oder der Betriebsleitung in Betracht kommen. Handelt es sich um mehrere selbständige Anlagen in verschiedenen Orten, so ist jede als besondere Arbeitsstätte zu betrachten. Liegen diese Anlagen in mehreren Versicherungsbereichen, so sind auch die Arbeiter dort versicherungspflichtig, was zur Folge hat, daß sie — obwohl bei einer Firma beschäftigt — doch verschiedenen Krankenkassen angehören können. Besteht nämlich eine Betriebskrankenkasse für den Betrieb, so fällt jede andere Krankenversicherungszuständigkeit weg und die Arbeiter sind ohne weiteres Mitglieder der Betriebskrankenkasse.

Wie für die ständig am Betriebsort beschäftigten Arbeiter ist der Betriebsort auch für die Versicherungszuständigkeit der Arbeiter bestimmend, die für den Unternehmer „außerhalb der Betriebsstätte“ an einzelnen Orten von geringer Dauer“ ausführen. Damit wird der bisher geltenden Auffassung des Reichsgerichts und der Verwaltungsgerichte entgegengetreten. Die Versicherung des nach auswärts zur Montage oder zur Installation geschickten Arbeiters bei der am Betriebsort bestehenden Krankenkasse bleibt nicht unter allen Umständen bestehen, sondern nur dann, wenn sich sein Auftrag auf die Ausführung einzelner Arbeiten von geringer Dauer handelt. Was man unter einzelnen Arbeiten von geringer Dauer zu verstehen hat, läßt sich nicht für alle Fälle von vornherein feststellen. Man wird dabei je nach Lage der Sache zu entscheiden haben, sich aber hüten müssen, die Grenze zu eng zu ziehen, wenn Nachteile für die Arbeiter vermieden werden sollen. Unter dieser Voraussetzung und von der bisherigen Praxis ausgehend, kann man alle Montage- und Installationsarbeiten für Gas, Wasser, Elektrizität, die Aufstellung von Maschinen, Gelängen zc., soweit es sich nicht um selbständige Anlagen, sondern um Bestan-

schleier, Grauwade und dergleichen, in denen die ertragreichsten Zinnerzgänge aufstiegen. Diese sind durch vulkanische Einwirkungen oder durch gewalttätige Erschütterungen der Erdrinde entstandene Risse und Spalten, in die das Zinn entweder durch Wasser eingepulst wurde oder vom Erdbinnen aus in Dampf- oder in Wasser aufgelöst, aufstieg und sich mit anderem taubem Material gemischt abgelagerte. Die Längen- und Breitenrichtung der Gänge sowie auch deren Dike und Mächtigkeit ist von der Ausdehnung der Spalten, ihr Erzeugnis dagegen von dem Metallgehalt der Ausfüllmasse abhängig. Außer auf den Ur- oder Primärlagerstätten wird Zinn auch vielfach auf sekundären Lagerstätten gefunden. Diese entstehen durch Zusammenwässerung des Zinnerzmaterials verwitterter, durch Wasser und Wind weggeführter älterer Zinnerzgänge oder zinnhaltiger Gesteinsmassen.

Den Ablagerungen entsprechend ist auch die Gewinnung der Zinnerze eine verschiedene. Die Zinnerzlager, gewöhnlich als „Seifen“ bezeichnet, werden durch Waschen ausgebeutet. Dabei hat nicht selten die Natur schon in weiten Grenzen vorgearbeitet, indem durch das zuströmende Wasser das Material der Seifen gleichzeitig mit der Anreicherung auch sortiert und dadurch das metallhaltige von dem „tauben“ Material getrennt abgelagert wurde. Ist das Erzlager von jüngeren Gesteinen überdeckt, so werden diese bei nicht zu großer Mächtigkeit abgetragen, um zu dem nutzbaren Material zu gelangen. Das Waschen des letzteren erfolgt durch Einbringen in lange Holzgefäße oder Waschröde, wobei das schwere Zinn zu Boden sinkt, während die leichten, aus Lehm und Sand bestehenden Beimengungen fortgeschwemmt werden. In neuerer Zeit erfolgt das Abtrennen des Materials von der Lagerstätte und das Waschen in einem Arbeitsgange mittels Druckwasser. Dieses wird in einem künstlichen Strahl auf das zinnführende Gestein geleitet, das dabei gelockert, den Waschapparaten zugebracht und hier sortiert wird. Ein solches Verfahren bedingt eine wesentliche Ersparnis an Arbeitskräften und Löhnen, was namentlich dort sehr wichtig ist, wo Arbeiter schwer zu haben und deshalb teuer sind. Ist die Lagerstätte der Zinnerze eine größere und auch durch Stellen von einer Talschleife nicht heranzukommen, so müssen Schächte abgeteuft und durch diese das zinnführende Material zutage gefördert werden, was die Gewinnung allerdings sehr erschwert und verteuert. Wesentlich schwieriger und infolge dessen auch kostspieliger als bei den Seifenlagern stellt sich in der Regel die Zinnerzgewinnung bei den Ganglagern dar in noch höherem Maße bei den Plumben, wo das Metall gewöhnlich in feinsten Verteilung in dem Gang- oder Lagergestein eingeprengt ist. Der Abbau erfolgt dabei stets auf bergmännischem Wege durch Stellen oder Schächte und die Abtrennung

der Gangmasse von der Lagerstätte mittels Sprengarbeit unter Zuhilfenahme von Bohrmaschinen, die durch Preßluft oder Elektrizität angetrieben werden.

Die geförderteten Erze werden in Brechern oder Quetschmühlen zerkleinert und dann in Hochwerken zu feinem Mehl bearbeitet. Dieses gelangt mit Wasser vermischt als sogenanntes Kocherz auf besondere Herde oder Stiebmaschinen, wo die leichten Gangmassen abgetrennt werden. Zur Entfernung der mit dem Zinn spezifisch nahezu gleichschweren Schwefel- und arsenhaltigen Beimengungen wird das Material dann in Höpfeln geteigt. In diesen wird der Schwefel teils abgetrieben, teils in Sulfate umgewandelt, die sich durch nachfolgendes Auslaugen entfernen lassen. Die Arsenverbindungen liefern arsenige Säure, die in besonderen Kammer aufgefangan und niedergeschlagen wird. Eisen, Kupfer, Zinn und dergleichen sucht man durch Behandlung mit verdünnter Schwefelsäure und Salzflüßigkeit sowie durch magnetische Aufbereitung zu entfernen. Das so vorbereitete Erz, das etwa 60 Prozent Zinn enthält, wird in Schmelz- oder Flammöfen geschmolzen, wobei sich das Zinn von der Schlacke absondert. Das so gewonnene, 97 bis 98 Prozent Feinmetall enthaltende Rohzinn kommt unter dem letzteren Namen in den Handel. Die beim Verschmelzen gebildete Schlacke, die gewöhnlich noch einen hohen Zinngehalt besitzt, wird behufs Absonderung des letzteren zerkleinert, separiert und wiederholt umgeschmolzen.

Zum Zwecke weiterer Veredlung wird das Rohzinn gewöhnlich in einem sogenannten Seigerherd zum Schmelzen gebracht, dessen Sohle aus geeignet angeordneten Eisenplatten besteht. Das reine Zinn fließt dabei über die Sohlenplatten ab, während die schwerer schmelzbaren Metallbeimengungen, wie Eisen, Wolfram, Kupfer zc. zurückbleiben.

Wie schützt man Rohrleitungen gegen das Einfrieren?

Mit Einsetzen der Frostperrade beginnen alljährlich in regelmäßiger Wiederkehr die Klagen über eingefrorene Gas- und Wasserleitungsrohre. Wird nicht allabendlich die Wasserleitung abgestellt, so tritt nicht selten der Fall ein, daß das Wasser in freitragenden Rohren friert und das Eis, das ja einen größeren Raum einnimmt als das Wasser, die Rohrwandungen sprengt. Das Aufplatzen eines Rohres gibt zu Ueberbrennungen und anderen schlimmen Störungen Anlaß; die Reparatur ist außerdem mit nicht geringen Kosten verknüpft, so daß vorzügliche Handwerker bei Zeiten solchen Schäden vorzubeugen suchen. Ein einfaches Mittel, die Wasserleitung gegen Frost zu schützen, besteht darin, die freitragenden Rohre zunächst mit einer etwa fingerdicken Schicht von Stroh, Sägespänen oder Verberlote zu bedecken und auf diese Schicht ungedichteten Kalk zu ruden, der

wiederum von einer Lage Stroh oder Lohse umhüllt wird. Des besseren Aussehens wegen umwickelt man das Ganze mit einem Stroh Leinwand und schürt es fest zusammen. Die erste Lage dient lediglich zum Schutz der Rohre gegen die unmittelbare Berührung mit dem ungedichteten Kalk, der die Metalloberfläche zu sehr angreifen würde. Da der ungedichtete Kalk unter Luftzutritt Feuchtigkeits absorbiert und sich auf Grund der bekannten chemischen Reaktion erwärmt, so wird die Temperatur der in der Bedung zurückbleibenden Luft lange Zeit über dem Gefrierpunkt gehalten, so daß die Wasserleitung nicht mehr einfrieren kann. Diese gegen Kälte schützende Umkleidung der Rohre muß jedoch im Frühjahr wieder entfernt werden, weil sie bei eintretender Wärme leicht zu faulen anfängt.

Eine Umkleidung mit Kieselgurmasse oder Infusorienerde bietet ebenfalls einen guten Schutz gegen das Einfrieren der Rohrleitungen. Aus Kieselgur, Lehm, Strohhaaren und Krogemehl wird durch Zusatz von Wasser eine plastische Masse gebildet, die in dünnen Schichten auf das Rohr aufgebracht wird, wobei jede frische Schicht zuerst getrocknet sein muß. Ueber diese Schutzschicht werden Streifen aus ganz billigen Jutestoff gelegt und die ganze Bandagierung mit einer Mischung von Teer und Kalk bestrichen. Dieser Kalkschutz entspricht vollkommen der Isolierung der Warmwasserrohre von Zentralheizungsanlagen gegen Wärmeverluste. Um das Einfrieren der Toilettenspülkästen im Winter zu verhindern, wird empfohlen, dem Wasser der Spülkästen etwas Glyzerin zuzusetzen, das den Gefrierpunkt niedriger hält.

Eine ebenso gefürchtete Begleiterscheinung starken Frostes ist das Einfrieren von Gasleitungen. Das Steinlehtgas, das mehr oder weniger wasserhaltig ist, hat beim Verlassen des Gasmeters eine Temperatur von etwa 10 Grad Celsius; wird es wesentlich abgekühlt unter diese Temperatur, so wird sich das Wasser an den abgekühlten Rohrleitungen niederschlagen. Diese Abscheidung erfolgt am intensiven an den Stellen, wo die Leitung aus einem verhältnismäßig warmen Gebäude tritt. Eine ganz billige Vorrichtung zur Verhütung des Einfrierens besteht in der Einsenkung eines drei- bis viermal weiteren Rohrstüches in die Leitung an der Stelle, wo sie aus der Erde oder der Hauswand ins Freie führt. Für dieses weitere Rohrstück genügt in der Regel eine Länge von 20 bis 30 Zentimeter. Das im Gas enthaltene Wasser wird sich an den Enden der erweiterten Rohrstücke niederschlagen, und bei starker Frost wird auch die Eisbildung in Gestalt allmählich aufsteigender Kessel vor sich gehen, während die weiterführenden eigene Rohrstücke frei bleiben. Das eingeschaltete weite Rohrstück soll luftdicht sein, die ganze Reifbildung in sich aufnehmen, ohne das eine Verstopfung der Gasleitung eintritt. TIK

zwar sofort. Die Kommission der Formner soll nach jedem Vierteljahr Bericht über den Ueberschuss erstatten.

Koblenz. Im Eisenwerk Koblenz-Meternich, Gießerei für Autogeländer, herrschen zurzeit Verhältnisse, die eine öffentliche Beschäftigung notwendig machen. Seit Wochen schon ist der Beschäftigungsgrad ein ziemlich stauer, so daß zeitweilig vertürgt gearbeitet wurde. Und jetzt diese Zeit hat sich die Firma ausgedehnt, Alard einzuführen. Der Vorarbeiter der Kernmacherei wurde von der Betriebsleitung beauftragt, für die ersten Vorkordteile die Preise festzusetzen. Als eine von ihm darüber angefertigte kurze Aufstellung das Bureau passierte und wieder in die Hände der Kernmacher zurückgelangt war, konnte festgestellt werden, daß Notierungen vorgenommen und die Preise willkürlich geändert waren. Trotz des geringen Auftragsbestandes sucht jedoch die Firma fortwährend auswärts neue Arbeitskräfte. Ein zugereifter Kernmacher wurde von der Betriebsleitung einige Tage hier festgehalten durch die bei ihm ermittelte Öffnung, eingestellt zu werden. Bemerkungen wegen der Preisgestaltung beantwortete daher der Geschäftsführer Grebe mit den Worten: "Wem's nicht paßt u. s. w., ich habe Ersatz draußen." Als die Firma erlaubt sich den Luxus, zur Auspielung gegen ihre Arbeiter ein Kaufpfecht zu unterhalten, und das zu derselben Zeit, wo man andere wegen Arbeitsmangel zum Aussehen fortgeschickt wird, erlauben deshalb unsere Kollegen, bei Arbeitsangeboten des Eisenwerkes Koblenz recht vorichtig zu sein, auf keinen Fall jedoch ohne vorherige Erkundigung bei der hiesigen Ortsverwaltung unseres Verbandes Arbeit in dem Betriebe zu nehmen. Einem Leipziger Kollegen, der diese Vorrichtungsregel unterlassen und auf vorherige Anfrage bei der Firma zur Antwort erhielt, nur sofort seine Familie mitzubringen, wurde schon nach kurzer Zeit der Stundenlohn um 5 % verringert. Also nochmals: Vorricht! Andernfalls bleiben schlechte Erfahrungen nicht aus.

Belbert-Reviges. Seit einiger Zeit sucht die Firma Hasekamp in Reviges im Arbeitsmarkt Radiatorenformner. Da nun schon einige Kollegen auf die Verprechungen der Firma hereingefallen sind (die Firma stellt denen, die sich nach den Lohnverhältnissen erkundigen, in Aussicht, in Alford pro Woche 50 M. verdienen zu können), so halten wir es für angebracht, die Betriebsverhältnisse kurz zu schildern. Der Betrieb wird allgemein von den Formnern als Bruchbude bezeichnet. Das ist nicht nur auf die schlechten sanitären Verhältnisse des Betriebes zurückzuführen, sondern auch auf seine technischen Einrichtungen. Kommt es doch öfter vor, daß die Formner erst abends um 9, ja sogar um 10 Uhr Eisen bekommen und bis in die Nacht im Betriebe liegen müssen, ohne eine besondere Vergütung zu erhalten. Auch ist es den Radiatorenformnern bei der größten Mühe und Voricht nicht immer möglich, fehlerfreie Ware herzustellen, weil der Zusammenbau des Eisens nicht die notwendige Sorgfalt gewährt wird. Wenn zum Beispiel beim Gießen zunächst Eisen für Temperpötte, dann für Koffische und zum Schluß für die Radiatoren ausgegeben wird, dann kann es wohl vorkommen, daß bei der letzten Herausgabe noch ein Teil des minderwertigen Eisens vorhanden ist, das zu dem Zwecke, zu dem es verwendet werden soll, absolut nicht taugt und der Arbeiter infolgedessen nicht in der Lage ist, gute Ware zu liefern. Was nun den Verdienst anbelangt, so wollen wir noch mitteilen, daß die Radiatorenformner, die dort beschäftigt sind, 5,50 M. Lohn für den Tag erhalten. Unter den heutigen Verhältnissen ist es aber gar nicht möglich, auch nur annähernd an den in Aussicht gestellten Lohnverdienst heranzukommen. Da nun einige Kollegen den Lorderungen der Firma gefolgt sind, jedoch sofort wieder dem Betriebe den Rücken gekehrt haben, wird jeder die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß man sich, bevor man irgendwas Arbeit annimmt, zunächst bei der zuständigen Verwaltung erkundigen muß, um vor Schäden bewahrt zu bleiben.

Metallarbeiter.

Bitterfeld. In der Nähe der Chemischen Werke, die ihre stinkenden Dünste weit über unser Städtchen hinaus verbreiten, erheben sich zwei stattliche Bäume. Es sind dies die beiden Parabel-Luftschiffhallen. Mancher Kollege wird schon im stillen seine Arbeitsblätter, die in diesen Räumen arbeiten, beneidet haben; doch ist nicht alles Gold, was glänzt. Die schönen Zeiten sind vorbei, dank des Herrn Meisters. Durch die vielen Bewerbungen, die fast täglich bei diesem Herrn "Kollegen" (er ist organisiert im Bund technischer Industrieller) einlaufen, behandelt der Mann die Arbeiter in unschöner Weise. Im Jahre 1912 wurde ein Anfangslohn von 60 bis 55 % gezahlt, jetzt zahlt man 42 bis 46 % bei 53stündiger wöchentlich Arbeitszeit. Kein Wunder, daß der Betrieb ein reiner Laubenschlag geworden ist. Es sind im Laufe von nicht ganz zwei Jahren 75 Kollegen gekommen und gegangen, gewöhnlich eine stattliche Zahl, wenn man bedenkt, daß in dem Betriebe zuerst nur 20 Kollegen beschäftigt waren. Die Kollegen werden eingestellt und am nächsten Tage wieder entlassen. Der Meister Hausnecht ist ein recht besitzlicher Herr, schon am zweiten Tage zu beurteilen, was ein Arbeiter zu leisten vermag. Vor kurzem wurde ein Kollege eingestellt und am anderen Tage wieder entlassen. Er hatte, bevor er hierher ging, schon Arbeit in Düsseldorf angenommen; da er aber Nachricht von Meister Hausnecht erhielt, daß er hier anfangen könnte, so wollte er sein Glück in der Ballonhalle versuchen. Das Resultat war, daß er nun beide Stellen verloren hat und mit seiner Familie brotlos gemacht ist. So wird mit den Arbeitern umgegangen. In letzter Zeit sind verheirateten Kollegen Abzüge (sogenannte Strafen) von 2 bis 3 M. gemacht worden; als die Kollegen sich das nicht gefallen lassen wollten, antwortete der Herr hohnlachend: "Sie sollten besser auf Ihre Arbeit aufpassen und nicht so viel Gewinndehner abbrennen, dann hätten Sie auch keine Strafe zu zahlen." Wenn man bedenkt, daß die Kollegen in Tausende von kleinen 4 Millimeterlöchern Gewinde schneiden müssen, was auch eine gefährliche Arbeit ist, so kann man wohl verstehen, wie ungerecht die Strafe ist. Aber zu allen seinen Launen sucht sich der Meister seine Leute aus. Er weiß ganz genau, daß die jüngeren Kollegen sich bedeutend mehr gefallen lassen; deshalb hat er es mit diesen Strafen erst bei den jüngeren Kollegen versucht. Es ist zu verzeichnen, daß die Direktoren den Herrn schalten und walten läßt, wie er will. Sein letztes Stück setzt allem die Krone auf. Einem Kollegen, der schon über zwei Jahre im Betriebe beschäftigt war, wurde zugemutet, bis in die tiefe Nacht hinein zu arbeiten. Er wurde gar nicht gefragt, ob er Zeit habe oder nicht. Es handelte sich um Fertigung eines Stückes, das bei einiger Umfassung des Meisters längst fertig sein können. Als der Kollege das Ansuchen zurückwies und die Ueberstunden verteilte, wurde er drei Tage später gemahnet. Eine Stunde vorher hatte der Herr Meister aber noch Liebenswürdig mit ihm verkehrt und sein Fahrrad an ihn verschoben. — Sollen sich bewahren diese Zeiten, daß die Direktoren diese Mißstände beseitigen. Die Arbeiter der Ballonhalle haben lange genug geschwiegen, sie sind aber durch die Handlungsmethode des Meisters dazu gezwungen worden, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. An den Kollegen liegt es, wenn sich wieder solche Fälle ereignen, sie rücksichtslos der Öffentlichkeit preiszugeben, damit die Mißstände ausgerottet werden.

Chemnitz. Am 10. November wurde eine Generalversammlung unserer Verwaltungsgesellschaft abgehalten. Zum Geschäftsführer ist bemerkt der Bevollmächtigte, der Abschluß des dritten Quartals zeigte sehr deutlich, daß die Wirtschaftskrise eingetreten hat. Ein Vergleich mit dem dritten Quartal 1912 zeigt ein starkes Anwachsen der Arbeitslosenanzahl. Im dritten Quartal 1913 waren es 913 bezugsberechtigte Arbeitslose gegen 438 im dritten Quartal 1912. Das ist eine Steigerung von 475 = 108 Prozent. Die Unterhaltungsätze betragen 16 230 gegen 7641 im dritten Quartal 1912, also mehr 9279 = 121 Prozent. Die gezahlte Unterstützung an Arbeitslose war 16 865,05 M. gegen 6901,65 M. im dritten Quartal 1912, also mehr 9963,40 M. = 144 Prozent. Die große Steigerung der Unterstützungssumme ist auf die erhöhte Arbeitslosenunterstützung, die am 1. Juli in Kraft trat, zurückzuführen. Die Arbeitslosen und der Ausseher in den einzelnen Wochen des dritten Quartals zeigt folgende Tabelle:

Arbeitslose und Ausseher vom 28. Juni bis 4. Oktober 1913.

Table with columns: Beruf, 28/6, 6/7, 12/7, 19/7, 26/7, 2/8, 9/8, 16/8, 23/8, 30/8, 6/9, 13/9, 20/9, 27/9, 4/10. Rows include Dreher, Feilenhauer, Formner, etc.

Ein Vergleich der Zahl der Arbeitslosen und der Ausseher in diesem Jahre mit der des Jahres 1912 ermöglicht die folgende Tabelle:

Table with columns: Monat, Zahl der Arbeitslosen, Durchschnittliche Mitgliederzahl, Arbeitslose in Prozent, Zahl der Ausseher. Rows include Ende Januar, Februar, März, etc.

Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter ist aber in Wirklichkeit höher als sie die Tabellen angeben, denn mindestens 15 Prozent der Mitglieder sind nicht bezugsberechtigt, diese melden aber in den seltensten Fällen ihre Arbeitslosigkeit im Bureau. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Chemnitzer Bezirk trägt es sicher etwas bei, daß hier für Arbeitsvermittlung eine selbständige Stelle geschaffen wurde, denn es konnten von 325 gemeldeten offenen Stellen 193 durch das Verbandsbureau besetzt werden. Ein Teil der Arbeiter, die bei stottem Geschäftsgange glauben, nicht aussetzen zu müssen, melde sich während der Wirtschaftskrise krank, wodurch die Zahl der Arbeitslosen gleichfalls etwas herabgedrückt wurde. Es waren Kranke vorhanden 1913 1412 gegen 1049 im 3. Quartal des Vorjahres. Das ist eine Steigerung von 34 Prozent, wogegen die Mitgliederzahl nur um 7 Prozent gestiegen ist. Die Krankenkasse steigt von 24 806 auf 30 782 = 24 Prozent. Krankenunterstützung wurde gezahlt im 3. Quartal 1913 32 255,95 M. gegen 23 829,45 M. im 3. Quartal 1912, mehr 8426,50 M. = 35 Prozent. Soweit die Zahl der beschäftigten Metallarbeiter in den zwei maßgebenden Krankenkassen - Gemeinliche Ortskrankenkasse und Allgemeine Krankenkasse für Maschinenfabriken und Gießereien - festzustellen ist, ist ihre Zahl nicht zurückgegangen, denn in der Gemeinlichen Ortskrankenkasse waren im September 1912 12 681 Metallarbeiter als Versicherte gemeldet, Ende September 1913 13 696, also mehr 1015. In der Allgemeinen Krankenkasse für Maschinenfabriken und Gießereien waren am 31. Dezember vorigen Jahres 24 558 Versicherte gemeldet, am 30. September dieses Jahres 23 837, weniger 721. Von den großen Betrieben sind es die Schächte Maschinenfabrik, die Ende September dieses Jahres 293 weniger Versicherte gemeldet hatte, als am 31. Dezember vorigen Jahres, die Schächte Webstuhlfabrik mit 233, die Maschinenfabrik Koppel mit 194, die Germania mit 109. Mehr hatten gemeldet: Reineder 281, Seifert & Donner 121. Nach dem 30. September ist aber die Zahl der Versicherten in diesen Kassen sicher noch um zusammen 200 bis 400 zurückgegangen, weil nicht angenommen werden kann, daß alle Plätze der zum Wirtszug Eingezogenen bis dahin besetzt worden sind. Es scheint, als wenn die Verhältnisse Colner recht gäben, der als Hauptursache der Ueberlastung des Arbeitsmarktes die Einfuhr von ausländischer Arbeiter ansetzt, zu dem Zwecke, einen ständigen Druck auf die Löhne auszuüben. Es konnte auch beobachtet werden, daß die hiesigen Metallindustriellen mit Vorliebe ausländische Arbeiter einstellen, die aus rücksichtslosen Gegenden kommen; diese werden bei der Krankenkasse für eine niedrigere Lohnklasse angemeldet. Diese Leute sind auch nicht bekannt mit dem Wesen der gelben Werkvereine und unterzeichnen den Aufnahmefchein für diese Gebilde, in der Annahme, daß es sich nur um eine Unterstufungskasse handle. Hauptabsicht sind es die Schächte Maschinenfabrik und die Schächte Webstuhlfabrik, die die Einstellung der Arbeiter von dem Beitritt zum Werkverein abhängig machen. Die Schächte Webstuhlfabrik hat viele ältere Leute entlassen, darunter sind Arbeiter, die 25 und 30 Jahre in diesem Betriebe arbeiteten. Der Entlassungsgrund war immer der Mangel an Arbeitsplätzen. Die Schächte Webstuhlfabrik hat viele ältere Leute entlassen, darunter sind Arbeiter, die 25 und 30 Jahre in diesem Betriebe arbeiteten. Der Entlassungsgrund war immer der Mangel an Arbeitsplätzen. Die Schächte Webstuhlfabrik hat viele ältere Leute entlassen, darunter sind Arbeiter, die 25 und 30 Jahre in diesem Betriebe arbeiteten. Der Entlassungsgrund war immer der Mangel an Arbeitsplätzen.

wirtschaftlichen Klage führen und nicht laut genug schreien können nach mehr "Schutz für die Arbeitswilligen". So, nicht zufrieden damit, die Erwerblosen in den Werkverein hineinzupressen, auch die Frau und die Kinder für den "nationalen" Schutz in den Werkverein zu bekommen. So wurde von dem gelben Werkverein am 6. November eine Versammlung mit den Jugendlichen der Schächte Maschinenfabrik abgehalten, wo er den Vorschlag machte, eine Pfadfindergruppe zu bilden. Die Uniformen und die übrigen Auslagen bezahlte die Firma. Als die jungen Leute es ablehnten, sich für diesen Alibim herzugeben, gab Herr Weber bekannt, daß er mit den deutschen Turnern in Verbindung getreten sei, damit diese für eine gewisse Summe die jugendlichen Arbeiter der Schächte Maschinenfabrik im Turnverein ausbilden sollten. Die Turner hatten aber erklärt, wer turnen wolle, solle sich dem Turnverein anschließen. Als die jungen Leute sich nur bereit erklärten, zu turnen, gab Weber bekannt, daß sie sich den deutschen Turnern anschließen sollten, Eintrittsgeld und Monatsbeiträge im Turnverein bezahle die Firma. Dieses Vorgehen zeigt, daß die Klagen der Unternehmer und der Aktionäre, die Preise der Konkurrenz wegen drücken zu müssen, einen schwachen Hintergrund haben. Wenn es möglich ist, Pfadfindergruppen zu bilden und so alternativen oder Turnvereinsbeiträge zu bezahlen, so wäre dieses Geld besser angelegt, wenn den Arbeitern ein anständiger Lohn bezahlt würde. - Infolge der gedrückten Wirtschaftslage konnten alle geplanten Lohnbewegungen nicht in dem Umfang, wie gewünscht, durchgeführt werden. Es fanden drei Lohngriff statt, wovon 3 Betriebe mit 105 Beschäftigten betroffen worden sind. Betelligt waren an diesen Streiks 73 Personen. Erreicht wurde durch diese Streiks eine Verbesserung der Löhne und Akkordpreise, was für 57 Arbeiter die Woche 131,39 M. ausmachte; für den einzelnen Arbeiter im Durchschnitt 2,30 M. In einer Maschinenfabrik erreichten die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 20 bis 25 Prozent. Es wurde zugestanden, Preislisten anzulegen und die in diesem Bereiche übliche Heimarbeit zu beseitigen. Mehr Heizungs- monteur in elektrischen Neubau streikten aus Solidarität für die Durchführung der Tarifforderung in Rheinland-Westfalen. In einer Fabrik und Automobilfabrik streikten die Metallarbeiter Forderungen auf Erhöhung der Akkordpreise, Regelung der Akkordarbeit und Festsetzung eines Mindestlohnes. Die Forderung wurde zum Teil anerkannt. Es wurde eine Vereinbarung für zwei Jahre abgeschlossen, nach der ein Mindestlohn und eine Regelung der Akkordarbeit zugestanden sind. Auch sind Preislisten angelegt worden. In Kollin verursachten diese drei Streiks der Hauptklasse 1997,35 M. der Lokalkasse 2024,60 M. Arbeitstage gingen infolge des Streiks 1869 verloren. Die Einbuße an Arbeitslohn betrug 9510,42 M. Lohnbewegungen ohne Arbeitslohn einleitend fanden 5 statt, wovon 576 Kollegen beteiligt waren. Für 498 Kollegen wurde eine Verzögerung der Arbeitszeit von 116 1/2 Stunden die Woche erreicht, für den einzelnen 2 Stunden 20 Minuten im Durchschnitt. Die tägliche Arbeitszeit der Klemperer beträgt vom 1. Juli 1914 an 9 Stunden, wöchentlich 53 Stunden. Für Bauer & Löffler ist die Arbeitszeit auf wöchentlich 56 Stunden vom 1. April 1914 an festgesetzt, für Hüf- und Wagenmacher auf 57 Stunden vom 1. Juli 1913 an. Der Mindestlohn für Klemperer wird vom 1. Juli 1914 an 42 % im ersten Jahre nach beendeter Lehrgang, im Alter von 21 Jahren 53 %, über 24 Jahre alt 60 % betragen. Die Bauhölzer erreichen die Festsetzung eines Mindestlohnes für Ausgelernte im ersten Jahr nicht. Ein Jahr nach der Lehre beträgt dieser 40 %, zwei Jahre nach der Lehre 45 %, vier Jahre danach 52 %, für selbständige Gesellen 60 %, für Hilfsarbeiter bis 20 Jahre 30 %, über 20 Jahre alt 38 %, die Stunde. Die Mindestlöhne für Schmiebe betragen im ersten Gehaltsjahr 37 %, im zweiten Jahr 40 %, für Feilbänker, Beschlagsschmiede und teilweise Feuerschmiede 47 %, zweite Feuerschmiede 54 %, erste Feuerschmiede 60 % die Stunde. An Wohnerrhöhung erreichten durch diese Bewegung 498 Kollegen (Klemperer, Schlosser und Schmiede) 806,54 M. die Woche; im Durchschnitt für den einzelnen 1,62 M. Für 17 Arbeiter einer Maschinenfabrik wurde der Stundenlohn um 15 % erhöht, auch die Akkordpreise wurden so erhöht, daß die übliche Heimarbeit in Wegfall kommt. Für Bauhölzer, Klemperer und Schmiede ist je ein Tarif abgeschlossen worden; für die Arbeiter bei Hüf- und Wagenmacher wurde eine Akkordpreistabelle geschaffen. In einer Kram- und Aufzugsfabrik wurde der Mindestlohn um 1 bis 2 % erhöht. Der Zuschlag für Ueberstunden auf Montagen, sowie die Montagezuschläge überhaupt wurden geregelt. Eine Lohnzulage war hier nicht zu erlangen; es wurde eine auf ein Jahr laufende Vereinbarung abgeschlossen. In mehreren Bewegungen ohne Arbeitslohn einleitend fanden 4 Betriebe mit 3138 Beschäftigten betroffen wurden. Betelligt daran waren 66 Personen. Lohnreduktionen sind für 61 Personen zurückgewiesen worden. Für 18 Arbeiter wurde eine bessere Behandlung erreicht. In einem Falle, wo eine 10prozentige Lohnreduktion durchgeführt wurde, machten die Arbeiter diesen Verlust durch Streikleistung wieder wett. Der Gesamterfolg der Lohnbewegungen und Streiks ist folgender: an Arbeitszeitverlängerung erreichten 498 Personen 116 1/2 Stunden die Woche; an Wohnerrhöhung, soweit sich das zahlenmäßig feststellen ließ, 555 Personen 997,93 M. die Woche, Lohnreduktionen (für 61 Personen 230 M.) sind abgelehnt worden. Die Erfolge der Lohnbewegungen wären sicher größere gewesen, wenn der Andrang zum Arbeitsmarkt weniger stark wäre. Zu erwarten steht, daß die Verhältnisse sich noch mehr zuspitzen werden, denn die Aktionäre sind teilweise mit den Erträgen der Maschinenfabriken und Gießereien in Chemnitz unzufrieden, was die Debatte in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften deutlich gezeigt hat. Eine Folge davon ist stellenweise der Wechsel der Direktoren, Abteilungsingenieure und Meister. Und immer wieder wird von den neuen Personen erklärt, daß die Vorgänger in der Leitung der Betriebe fachtechnisch nicht genügend bewandert waren. Durch die Organisation des Betriebes müsse eine bessere Skalulanten und Lohnberechnung zur Durchführung kommen, die Akkordpreise müssten berichtigt werden, daß ein rationelles Arbeiten möglich sei. Die Folge wird immer wieder sein eine größere Ausnutzung der Produktionsmittel und eine größere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, indem die Stückpreise herabgesetzt werden. Die Zurückweisung der Preisrückgabe wird für die nächste Zeit die Aufgabe aller Kollegen sein. Schon heute ist die Zahl der Gemeinlichen eine große. Es würde in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht durch einen größeren Lokalkassenschlag die Möglichkeit geschaffen werden könnte, den Arbeitslosen eine höhere Unterstützung zu zahlen, damit sie in der Wirtschaftskrise nicht noch schwerer zu leiden haben als es jetzt schon der Fall ist. Auf die Durchführung einer Arbeitslosenunterstützung durch die Gemeinde Chemnitz ist zurzeit nicht zu rechnen. So berechtigt der Ruf ist: "Was wird aus den Arbeitslosen in Chemnitz?", ebenso unbeachtet werden die Stadtväter an dieser Frage vorübergehen. Vorläufig sind die Lasten der Arbeitslosigkeit den Gemeinlichen aufgebürdet. Hier Wandel zu schaffen, kann nur dadurch erfolgen, daß die Arbeiterkraft sich in immer größeren Massen ihrer Berufsorganisation anschließt. Die Ortsverwaltung in Verbindung mit den Vertrauensleuten muß alles daran setzen, um die uns noch fernstehenden Indifferenten der Organisation zuzuführen, dann wird es mehr als bisher möglich sein, die günstige Wirtschaftslage auszunutzen und in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges Verschleppungen der Arbeitsverhältnisse entgegenzuwirken.

Die Arbeitslosigkeit in der Berliner Metallindustrie. Obwohl in der hiesigen Metallindustrie alle Fabrikationszweige, wie Maschinenindustrie, Eisenkonstruktion und Brückenbau, Waggon-, Schiff-, Fahrrad- und Automobilbau, Walzwerke, Drahtziehereien etc. vertreten sind und deshalb die wirtschaftliche Krise sich nicht so schnell und stark bemerkbar macht wie dort, wo nur ein einziger Fabrikationszweig in Frage kommt, ist doch jetzt schon ein sehr harter Arbeitsmangel vorhanden. Soweit uns bekannt ist, wurden in folgenden Betrieben Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen: Perbrand & Co., van der Jüven & Ehardt, Humboldt, Briamuss, Zeiter Maschinenfabrik, Gerberg & Köhler. Mit verlängerter Arbeitszeit arbeiten oder aussetzen mußten Arbeiter in folgenden Betrieben: Gasmotorenfabrik Deuk, Humboldt, Briamuss, Gerberg, Kauter, Brune, Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik, Gerbes

Stampfer und Walthers in Döbelitz. Hier die Arbeiter werden noch viele andere in Frage kommen, die uns nicht bekannt sind. Es wäre gut sein, wenn die Arbeiter ihrer gewerkschaftlichen Organisation sofort Mitteilung machen. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, also der Mitglieder, die schon ein Jahr dem Verbande angehört, betrug am 1. Oktober 1912 im Durchschnitt 41, und im Oktober 1913 1.080. In der Arbeitslosenunterstützung zahlte die Verwaltungsstelle Köln des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im 3. Quartal 1912 2881,75 M., im 3. Quartal 1913 7040,65 M. Noch trauer steht man die Wirkung auf der Unterstützungssumme des Monats Oktober. Im Jahre 1912 betrug die Unterstützung 968,90 M., und im Oktober 1913 waren es 3000,60 M. In diesen Summen ist das ausgezahlte Reisegeld an Arbeitslose, die sich auf der Reise befinden, nicht enthalten. Auch nicht die Summe, die von der städtischen Arbeitslosenversicherungskasse gezahlt wurde. Diese Summe betrug im 3. Quartal 1913 2634,20 M. Aus den hier genannten Zahlen geht deutlich hervor, daß die wirtschaftliche Krise auch in der deutschen Metallindustrie immer mehr um sich greift und die Arbeiter in einer solchen Zeit die Unterstützungsmittel ihrer Gewerkschaft am besten schätzen lernen. Jeder, der in der jetzigen Zeit aus seiner Gewerkschaft austritt, begeht ein Verbrechen an sich und seiner Familie. Die Arbeitslosenunterstützung seiner Gewerkschaft soll ihm, wenn er arbeitslos wird, über die Zeit der schlechten Konjunktur hinweghelfen, damit er als langjähriges Mitglied bei guter Konjunktur sofort wieder bereit sein kann, in Ruhe und Gütigkeit mitzukämpfen gegen das Unternehmertum, das in die jetzige Zeit zu Verschleierungen aller Art benutzt. Also nicht Schwächung, sondern Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation muß die Lösung in der jetzigen Zeit sein!

Oberhausen (Hild.). In einer Versammlung der Arbeiter der Firma Babcock & Wilcox am 8. November sprach Kollege Oberhausen über die Mißstände bei der Firma und den angelegentlichsten Vorschlag von 15 Prozent. In klarer Weise schilderte er die Zustände bei der Firma. Die Behandlung der Arbeiter durch die Besitzer Lohse und Peters, die zwei bis drei Mann deauffüßigen, sei so, daß die beiden öfter allein auf weiter Flur ständen. Auch der Meister Baum behandle die Leute so, daß kein gebildetes Arbeiter bei ihm möglich sei. „Freunde“ des Meisters sollen ihm schon einmal sämtliche Hemdriemen eingeworfen haben. Wenn wir auch ein herartiges Verhalten nicht billigen, so könne man doch daraus die „Weltlichkeit“ dieses Meisters bei den Arbeitern erkennen. Der Lohn für Plagarbeiter betrage für 10 Stunden 4 M. Die Formner unter der Leitung des Betriebsführers Galle und des Obermeisters G. A. Lohse können keinen Aufschuß erhalten über die Verwendung des Geldes, auch werden sie nur in den seltensten Fällen zur Feststellung des Gehaltes und Schrotts hinzugezogen. Die Untermeister Werth und Römper sind gleichfalls bestrebt, Abzüge durchzuführen. Der fortwährende Mangel an Material sowie an Werkzeugen zwingt die Arbeiter zu fruchtlosem Warten. Wenn dann schließlich der Formner endlich Arbeit und Material erhält, dann ist der Preis schon endgültig festgesetzt. Dem Formner geht es sehr selten, mehr zu erhalten. Er ist dann eben gezwungen, für wenig Geld zu arbeiten oder den Betrieb zu verlassen. In vielen Fällen tritt das letztere ein und die Folgen sind ein Wechsel ohne Ende und die berühmten Zinieren: 30 Formner werden gesucht. Eigenständig sei, daß auch der Betriebsleiter Galle nichts tue, um Zustände zu schaffen, die es ermöglichen, einen Stamm Arbeiter zu erhalten. Anstatt Aufbesserungen vorzunehmen, werden mit Hilfe des Kontrollleues Abzüge gemacht. Der Kontrollleue Galle sei dazu wohl am allerwenigsten berufen, da über große Sachkenntnis von ihm nicht berichtet werden könnte. Ob die Fuhrer oder Transporteure etwas beschuldigen oder das Stück unbrauchbar machen, immer wird den Formnern erklärt, wie können es nicht bezahlen. Auch das Reparieren verlangt man von den Formnern unsonst. Herr Galle erklärt auch oft, die Leute verdienen zu viel und bräuchten es doch nur in die Wirtschaften. Wenn darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Formner mit Kindern das verdienen müssen, so sagt der junge Mann, sie sollen sich nicht so viel Kinder anschaffen. Die Maschinenformner haben sich über die gleichen Mißstände zu beklagen. Auf Grund der Verhältnisse fangen eingearbeitete Maschinenformner kaum an. Leute von der Straße kommen an die Maschinen; der Erfolg ist Schrotarbeit. Von den Maschinenformnern wird behauptet, daß die Reparaturarbeiten nicht bezahlt werden; wenn das zutrifft, dann ist manches erklärlich. In einer Konferenz sämtlicher Meister mit dem kaufmännischen Direktor vor drei bis vier Wochen soll bestimmt worden sein, es werde zu viel ausbezahlt. Es seien Meister und Arbeiter genügend zu erhalten. 70 M. wäre genug Lohn für Arbeiter in 14 Tagen. In der Dreherei unter Leitung des Drehermeisters Haberkamp seien von Mai bis Oktober schon 15 bis 20 Prozent Abzüge erfolgt, und jetzt sind wieder 15 Prozent Abzug angedroht. Bemerkenswert ist das Verhalten des Drehermeisters Haberkamp, der den Drehern vorreden wollte, er würde gegen unbedeutende Abzüge Einspruch erheben, dann aber auch erklärte, der Firma könne man es nicht verdenken, wenn sie noch was rauszuholen versuche. Dagegen könne er sich nicht wehren, sonst würde er sich selbst den Stuhl vor die Tür setzen. Besonders bemerkenswert ist, daß die Dreher keinen Vorkurs erhalten, sondern nur einen Garantiegeld. Auffallend sei dabei, daß die Preise einzelner Artikel auf dem Garantiegeld niedriger als auf dem Marktpreis verzeichnet seien. Herr Haberkamp wird darüber Auskunft geben können. In einer am 9. Oktober abgehaltenen Versammlung der Dreher, wo Haberkamp und Kontrollleue Schneider anwesend waren, mußten beide zu einem anständigen Verhalten aufgefordert werden. Ob das Bildung ist, die Frage möge sich jeder selber beantworten. Reiner schilbert dann weitere Mißstände. Die Reinigung der Aborte sei sehr mangelhaft. Die vorhandene Aborte-Abfuhr sei in ganz unzureichendem Zustand, etamal sei kein Wasser, dann kein kaltes Wasser da. Die Abfuhrung in der Gießerei sei recht langsam, die ganze Anstaltung sei so rickständig, daß dringend Abhilfe geschaffen werden müßte. Die Arbeiter müßten noch Schulz der Arbeitszeit ihr Geld haben, ohne dreierhalb Stunden und noch länger warten zu müssen. Hier verweist man auch die richtige Leitung. Schon verurteilte Kollege Oberhausen das Verhalten des Betriebsleiters Weber, der wohl darauf achtet, ob jemand sich vor 7 Uhr eines Eisner Wasser hole, oder sonst in Sachen, die im Betrieb nicht beherrschbar sind, recht viel zu tun haben übrig lasse. Der Vorkurs und die Abfuhrung sollte Herr Weber zunächst mal seine Aufmerksamkeit schenken und für Ordnung sorgen. Zum Anpassen könne man wohl billigere Geräte bekommen. Wichtig sei, daß jeder Kollege auch bei der Abfuhrung dieser Mißstände seinen Mann stelle. Die Gehaltigen seien die Kollegen jahrelang gewesen und als Belohnung für einen Abzug auf den anderen. Die Kollegen müßten um den Weg zur Einigkeit haben, jetzt sei es Zeit, der Organisation beizutreten, zu stehen, um für die Zukunft gesichert zu sein. Ginein in die Organisation müßte es jetzt heißen. In der Diskussion wurde das Wort nicht gesprochen. Im Schlußwort betonte Kollege Oberhausen noch besonders, die dringende Notwendigkeit, die jetzigen Mißstände zu beheben, die Arbeiter zu unterstützen, die jetzigen Mißstände zu beheben, die Arbeiter zu unterstützen, die jetzigen Mißstände zu beheben, die Arbeiter zu unterstützen.

war, galt es, eine planmäßige Agitation einzuleiten. Zur Erleichterung dieser Arbeit erfolgte die Einteilung nach Berufsgruppen. Besonders Gewicht wurde auf die Bearbeitung der Klein- und Mittelbetriebe gelegt. Ungünstig beeinflusst wurde die Agitationsfähigkeit durch die Wirtschaftskrise. Waren doch im Jahresdurchschnitt von den unserer Organisation angehörenden Kollegen 6,4 Prozent arbeitslos. Gegenwärtig sind es sogar annähernd 9 Prozent. Bei dieser hohen Arbeitslosigkeit ist es begreiflich, daß von einer durchgreifenden Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen größerer Gruppen unserer Berufsangehörigen nicht gesprochen werden kann. Nur bei den Schweißern war es möglich, einen Vertrag zum Teil zur Anerkennung zu bringen. Die sonstigen kleinen Bewegungen wurden auf dem Verhandlungswege zum Abschluß gebracht. Ein Kapitel für sich ist der Innungsarbeitsnachweis in der Mulatstraße. Durch den Umstand, daß auf diesem Nachweis der Herbergswert als Arbeitsvermittler eine Person ist, die nach Günst und Unlüt die eingelaufenen Stellen vermittelt, ist es unseren dort nach dem Rechten stehenden Kollegen schwer möglich, Arbeit zu bekommen. Frühe bemerke, daß es bei einem Tarifabschluß eine Hauptaufgabe sein müßte, die Frage des Arbeitsnachweises in den Vordergrund zu rücken. Wenig erfreulich ist die große Fluktuation unter den Vertrauensleuten. Diese einzubändigen und damit eine bessere Verbindung zwischen Mitgliedschaft und Branchenleitung herzustellen, muß unsere größte Aufgabe für die Zukunft sein. Auf alle Fälle muß beim Austritt des Vertrauensmannes aus der Beschäftigung der Leitung Mitteilung gemacht und für Ersatz gesorgt werden. Außer der vom Vorstand herausgegebenen und für das ganze Reich aufgegebenen Statistik wurde noch eine am Orte aufgegeben, die hauptsächlich Material über die Verteilung des gemeinsamen erzielten Vorkursverdienstes zwischen Schürmeister und Helfer liefern sollte. Zur Erledigung allgemeiner Angelegenheiten fanden statt: 5 Branchenversammlungen, 9 Branchenkonferenzen; außerdem noch 992 Werkstattversammlungen, in denen ein Vertreter der Kommunisten anwesend war. Für die bei der Berliner Schweißereiarbeit beschäftigten Kollegen wurden drei gemeinsame Versammlungen abgehalten. Der Kollege Böhme erklärte zum Schluß, die Kommission habe mit bestem Willen versucht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden; wenn dies nicht immer gelungen sei, so sei zunächst die Wirtschaftskrise ein hemmender Faktor gewesen, zum Teil sei aber auch die Interesslosigkeit mancher Kollegen schuld daran. In der Diskussion gab der Kollege Putz seiner Enttäuschung Ausdruck, er habe nach dem Zusammenbruch mehr erwartet. Dem tritt der Kollege Waser entgegen; es läge keine Ursache vor, Trübsal zu blasen. Die Hauptursache, daß es nicht genügend vorwärts gegangen sei, liege in den vom Kollegen Böhme angegebenen Gründen. Außer einer 24köpfigen Kommission müßte die Versammlung nach den Kollegen Jakob zum provisorischen Branchenvertreter.

Rundschau.

Der Hanjandub „entwickelt sich“.

Am 12. Juni 1909 im Zirkus Schumann zu Berlin von Vertretern der Großindustrie, des Gewerbes und der Hochfinanz ein sogenannter Hanjandub gegründet wurde, glauben natve Gemüter, es sei hier nun auch einmal eine Unternehmerrorganisation geschaffen worden, die einen ernsthaften Kampf gegen die volksausbeuterischen Bestrebungen des vom Bund der Handwirte vertretenen Agrarierums auf ihre Fahne geschrieben habe. Das glauben auch die Agrarier und deshalb schimpften sie auch in ihrer bekannten Weise auf die neue Gründung. Jetzt sind sie aber schon längst stille geworden, denn sie haben die Ungefährlichkeit des Hanjandubs für sie halb erkannt. Um nun weiter seine Ungefährlichkeit für die Ausbeuter jeglicher Art recht deutlich zu zeigen, hat der „Industrieller“ des Hanjandubs in den ersten Tagen des November eine Sitzung abgehalten, in der er sich mit dem „Schutze der Arbeitswilligen“ beschäftigte. Er verlangte folgendes:

1. Daß für eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs geordnet wird, und daß insbesondere zu diesem Zwecke durch das Reich dafür Sorge getragen wird, daß seitens sämtlicher bundesstaatlicher, landespolizeilicher oder provinzieller Behörden tunkst gleichmäßige Bestimmungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikereignissen an Hand der bestehenden Gesetze belehrt werden.
2. die Einführung eines heimlichsteuigen Strafverfahrens durch Abführung von Fristen und Verminderung von Formlichkeiten.
3. die Beilegung der Ausnahmefälle der Gewerkschaften und Berufsvereine durch die Bestimmung, daß der § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch auf nicht eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine entsprechend anwendbar ist.
4. die Ergänzung und Abänderung der §§ 240/241 des Strafgesetzbuchs im Sinne einer schärferen Erfassung der Begriffe der strafbaren Bedrohung und Abtötung.

Man fragt sich, was denn nun noch eigentlich getan werden muß, um den notwendigen Gehndel, das sich zum gewerkschaftlichen Streikern hergibt, noch weitere Förderung durch Behörden und Gerichte zu verschaffen. Die haarsträubenden Urteile, die gegen ehrliche Arbeiter gefällt werden, die nur ihrer Berührung gegen solche Elemente Ausdruck geben, sind den Herrschaften noch nicht genug. Das soll aber jetzt noch weiter gehen? Ist es nicht genug, wenn Streikbrecher als Buschulte, Kuppert und Brandenburg Arbeiter, die ihnen nicht das Geringste getan haben, ermorde und wenn sie dann noch von den Gerichten freigesprochen werden? Sollen sie viellecht noch 10 M. Geldstrafe erhalten, wie sie der Rentner u. Forstner in Baderndem Solbaten für den Fall versprochen, daß er einen elijässigen Wackes niederbrähe? Fast könnte man meinen, daß der Hanjandub so etwas im Sinne hätte.

Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die Vereinigung der bayerischen Arbeitgeberverbände hielt am 7. November zu Garmisch eine Arbeitslosenkonferenz ab, die sich hauptsächlich mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigte. Die vom Referenten Dr. Stojentia vorgelegten Leisäge wurden einstimmig angenommen. Es heißt darin:

Die Forderung auf Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung ist unberechtigt und unbegründet, weil errens von einer Arbeitslosigkeit als Gesamtergebnung in Deutschland überhaupt nicht gesprochen werden kann, zweitens der Umfang derzeitig existierender Arbeitslosigkeit nicht entfernt so groß ist, wie gemeinhin angenommen zu werden pflegt, drittens der Reichsverband der Arbeitgeberverbände nicht in der erforderlichen Weise zu erbringen und somit viertens die Grundlage jeder Versicherung, eine zuverlässige Statistik, nicht zu beschaffen ist. Unter die öffentliche Arbeitslosenversicherung fällt nicht nur die reichsbezogene Statistik die landesgesetzliche Regelung dieser Versicherung, sondern jede lokale Einrichtung, bei welcher Mittel der Allgemeinheit beansprucht werden. Um die Arbeitslosigkeit auf ein Mindestmaß herabzudrücken, empfiehlt sich erstens, der Beschäftigung zu heuern und der Jahreserhaltung immer größerer Arbeitermassen in den Städten einen Damm entgegenzusetzen, 2. den Arbeitsnachweis in jährgewisser und zeitlicher Fortdauer zu veröffentlichen und auszubehaupten, 3. den Leuten den zu willkürlicher Verwertung

der Arbeitslosigkeit durch einen Teil der organisierten Arbeiterschaft entgegenzuwirken, 4. alle Bestrebungen zur Förderung des Sparwesens in Deutschland zu unterstützen, 5. auf eine zweckmäßige, zeitliche Vermehrung der öffentlichen Arbeiten von Staat und Kommunen hinzuwirken, und 6. vor allem aber die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu vermindern.

Weiter wurde nach längerer Beratung noch folgender Antrag angenommen:

„Die zur Arbeitsnachweiskonferenz in Hannover versammelten Mitglieder der Vereinigung der bayerischen Arbeitgeberverbände erheben unter Zustimmung zu den Vorkursen des Reichstages, nach weichen das Bedürfnis zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung und die Voraussetzungen für eine praktische Durchführbarkeit zu verneinen sind, gegen die Regelung der Arbeitslosenversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage und gegen ihre Förderung aus Mitteln der Allgemeinheit entschieden Widerspruch. Die Versammlung sieht in der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktionsfähigkeit und damit in der Vermeidung der Arbeitslosigkeit den wirkungsvollsten Weg zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und ist überzeugt, daß eine Arbeitslosenversicherung auf obiger Grundlage die Steigerung der Produktivität erheblich erschweren würde. Die Unternehmerrschaft muß, nachdem sie eben erst die Reichsversicherungsbahn und das Reichsgesetz über die Angestelltenversicherung ihr namhafte Opfer aufgelegt haben, die Übernahme weiterer, aus einer Arbeitslosenversicherung ihr zugemuteten Lasten ablehnen. Die Konferenz warnt auf das nachdrücklichste vor den für die Volkswirtschaft verhängnisvollen Folgen, die aus einer Ueberpannung des Versicherungsgedankens und einer immer weitergehenden Verminderung der Selbstverantwortlichkeit sich ergibt. Sie wendet sich entschieden gegen die Förderung des sogenannten Genter Systems, weil dies eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Arbeiterschaft (soll wohl heißen: Arbeitgeberschaft, Red.) feindlichen Bombenwerfaktionen bedeute. Aus diesem Grunde bedauern die Arbeitgeberverbände die schärfste die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung, die in mehrfachen Erklärungen diese Versicherungseinrichtungen empfohlen und gefordert hat. Im Hinblick auf die außerordentliche Agitation, die trotz der vorliegenden gewichtigen Ablehnungsgründe für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung betrieben wird, ersucht die Konferenz die Vereinigung der bayerischen Arbeitgeberverbände, dieser Frage sorgfältig ihre Aufmerksamkeit zu widmen und sich über die bisherigen Versuche einer Arbeitslosenversicherung im In- und Auslande zu unterrichten.“

Natürlich! Wann wären die Herren für eine volksfreundliche Maßnahme zu haben! Höchstens dann, wenn die Volksfreundlichkeit sich für sie selber doppelt oder dreifach bezahlt macht. Ein Grund mehr für die Arbeiterschaft und für alle, die es gut mit ihr meinen, mit noch mehr Nachdruck die Einführung der Arbeitslosenversicherung zu fordern.

Die Angestellten und ihre Erfindungen.

Die Breslauer Volksmacht teilt in ihrer Nr. 266 vom 12. November folgenden „Nachtrag“ zu den gemeinsamen Vorschriften für alle Angestellten der Linke-Hoffmann-Werke vom 1. September 1913 mit:

„Alle von Angestellten während ihres Anstellungsverhältnisses gemachten Erfindungen, welche in den Geschäftsbereich der Gesellschaft fallen, sind alleiniges Eigentum der Gesellschaft. Dieser steht es frei, hierauf Patente oder andere gewerbliche Rechte in Deutschland und allen übrigen Ländern selbst oder durch andere zu erwirken. Die Angestellten sind verpflichtet, auf Verlangen der Gesellschaft gegen Erstattung der Unkosten diejenigen Handlungen vorzunehmen, welche die Gesetze der verschiedenen Länder von dem Erfinder oder Urheber für die Entnahme und Aufrechterhaltung gewerblichen Rechtsschutzes und für die Uebertragung auf die Gesellschaft oder auf einen anderen von ihr bezeichneten Dritten verlangen. Die vorstehende Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung des Anstellungsvertrages in Kraft.“

Breslau, den 20. September 1913.

Direktion der Linke-Hoffmann-Werke.

Da möchte man die verschiedenen Klagen Ratgeber fragen, was es denn für ein strebsamer junger Mann nun noch machen soll, um einporzukommen, wenn er kein Vermögen hat. Alle die „Männer eigener Kraft“, die sich aus der Armut zum Reichtum hindurchgearbeitet, waren (soweit nicht Gaunere) oder besondere Glückszufälle im Spiele waren) errens solche, die eine der Zunahme ihrer Geschäftstätigkeit entsprechende Bezahlung forderten und, wenn sie diese bei dem einen Unternehmer nicht erhielten, einfach so halb wie möglich zu einem anderen gingen. Das dürfen sie jetzt aber nicht mehr, wenigstens suchen die Unternehmer es ihnen so viel wie möglich zu erschweren. (Siehe unsere Notiz „Sünderung an freiwilliger Arbeit“ in dieser Nummer.) Zweitens ist — wenigstens in früheren Zeiten — gelegentlich einmal ein armer Teufel durch gute Erfindungen zu Wohlstand gelangt. Beispiele: Jacquard, König zc. Das wird heutzutage auch immer mehr unmöglich gemacht, denn bekanntlich stehen die Linke-Hoffmann-Werke mit solchen famosen Vorrichtungen nicht allein. Heutzutage soll es jemand nur noch erlaubt sein, etwas zu erfinden, was außerhalb seines Berufes liegt, etwa wie der Barbiere Erfindung eine Spinnmaschine erfand. Dementsprechend will man gnädigst noch erlauben, daß zum Beispiel ein Tiefbauingenieur einen neuen Spatenkopf erfindet. Mit Erfindungen im Tiefbau oder im Maschinenbau mögen sich dann Handschuhmacher, Zahntechniker oder andere Leute beschäftigen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß ihre Unternehmer die Früchte ihrer Erfindung über den Schnabel nehmen. Wie stimmt dies aber zu der Lehre, die heutzutage den jungen Leuten so viel gepredigt wird und lautet: Werzette keine Räte nicht, sondern kümmer dich nur um deinen Beruf und verwende die Zeit, die dir dann noch übrig bleibt, zur Erholung!

Dieses Beispiel zeigt aufs neue die Tendenz des Kapitalismus, die Kräfte seiner Angestellten auf die äußerste auszubehaupten. Dieser Tendenz muß er nachgeben, einerlei, ob der einzelne Unternehmer will oder nicht; sie zeigt aber auch, daß sie schließlich kulturwidrig wirkt. Dagegen gibt es nur ein Mittel, und das ist die Abschaffung des Kapitalismus und die Schaffung einer Produktionsweise, die jedem schöpferischen Geiste die Möglichkeit zur Betätigung gewährt, ohne daß andere die Früchte seines Fleißes ernten und für ihn selber wenig oder gar nichts übrig bleibt. So lange aber noch diese Gefahr besteht, müssen die Ausgehenden sich zusammenzuschließen, um dadurch so weit wie möglich zu erreichen, was der Kapitalismus ihnen jetzt vorenthält.

Ingenieure als Akfordarbeiter.

Die Weltfirma Siemens & Halske galt früher einmal als ein sozialer Musterbetrieb. Nicht etwa, daß der alte Siemens mit Abbe zu vergleichen gewesen wäre, immerhin hatte Werner Siemens eine bornesne und lebenslange Art, als Unternehmer seine Arbeiter und Angestellten zu behandeln.

Die heutigen leitenden Männer von Siemens & Halske sowohl wie von den Siemens-Schudert-Werken haben sich von den Traditionen des Gründers weit entfernt. Die Betriebe sind amerikanisiert worden, technisch und organisationsmäßig hat man sie verfeinert, ein Sektens der Arbeit herrscht, ein machender Abloß der Verbaupten. Und die Lohner von Werner Siemens gegen andere politische Anschauungen hat man heute in ihr Gegenteil verkehrt. Die Firma hat sich selbst von bürgerlichen Sozialpolitikern sagen lassen müssen, daß sie eine gelbe Bewegung mit den nicht ganz ritterlichen Waffen der wirtschaftlichen Uebermacht und Erpressung ihren Arbeitern aufzuzwingen habe.

Die Angestellten werden nun auch entsprechend behandelt. Ein Streik auf die Umgangsformen der Firma ihren geistigen Arbeitern gegenüber gibt folgender Vorgang: In den Konstruktionsbüros hat man die Einrichtung getroffen, den Ingenieuren ihre

Schmiede.

Berlin. Für die hier im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede, Metallschmiede und Werkzeugmacher liegt am Donnerstag den 6. November eine Versammlung, um den Bericht der Branchenkommision entgegenzunehmen. Den Bericht erstattet der Kollege Frihe. Nachdem am 1. Oktober 1912 der Abschluß des Schmiedeverbandes zum Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgt

Arbeiten in Alford zu vergeben. Die Zeichnungen müssen in einer bestimmten Zeit fertiggestellt werden. Quantitätsstellungen werden verlangt, deren Größe natürlich die Bureauchefs bestimmen und im Interesse der Firma hinaufstreben. Aber damit nicht genug, die Ingenieure müssen zugleich nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit arbeiten, die Arbeit ist in der Arbeitszeit veranschlagt, für jede ersparte Stunde bekommt der Ingenieur einen Zuschlag, eine Prämie.

Ein Beispiel. Im Konstruktionsbureau für Schaltanlagen wird eine Schalttafel in der Ausführung der Zeichnung vorgegeben. Die Zeit der Fertigstellung wird auf 100 Stunden vom Chefingenieur angesetzt. Der „Strickzieher“, eine Berufsbezeichnung, die sich in bitterer Selbstironie die Ingenieure für die Bewertung ihrer eigenen Arbeitsleistung ausgelast haben, macht daran nur 80 Stunden. Für die ersparte Zeit von 20 Stunden bekommt er eine „Prämie von 30 mal 50 S. = 10 M.“

Die Deutsche Industriebeamten-Zeitung schreibt in ihrer Nr. 45 sehr anschaulich, wie unter diesem „Sohnsystem“ die Anfertigung einer Zeichnung sich vollzieht. Zuerst findet zwischen dem Chefingenieur ein Handeln und Fesseln um den Wert der Arbeit an Zeiteinheiten statt, bei dem der Überingenieur zu einem „speed boss“, „Schnelboi“, frei nach Taylor, degradiert wird. Denn nun werden die Angeestellten gegenseitig ausgepielt. Der „Nächste“ drückt die Zielzeit herab, um möglichst viele Zeiteinheiten zu verdienen, dann hat man das, was man braucht: in die Angeestellten ist ein Keil hineingetrieben, der eine ist des andern Feind, ein gegenseitiges Unterbieten findet statt, und so ganz Unrecht hat der Berichterstatter Fügiger in der Industriebeamten-Zeitung damit nicht, daß dieses klug angelegte Arbeitssystem neben der Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung auch andere für die Firma sehr günstige Nebenwirkungen auslöst, wie „Strebertum und Ehrgeiztum, ja sogar Demütigungswesen wird im technischen Bureau geübt.“

Die Ingenieure werden also in ihrem eigenen Interesse diese Maßnahme abzuwehren haben, was durch den einzelnen nicht erfolgreich wird, sondern das nur durch organisierten Zusammenschluß wirksam erreicht wird.

Für die Firma selbst aber dürfte die Erörterung solcher Vorgänge in der Öffentlichkeit noch eine andere sehr unangenehme Seite haben: Die Frage der Qualität der Erzeugnisse. Geht kann man die Konstruktionsarbeit in großen Werken mechanisieren, durch Arbeitsleistung vereinfachen, aber auch das hat seine gewisse Grenze. Der geistige Entwurf einer Anlage muß mit der genügenden Sorgfalt hergestellt werden können, geht aber der Gesichtspunkt der Quantität über den der Qualität, wie das bei einem solchen Arbeitssystem unabweislich ist, so werden sich die Folgen in dem geschäftlichen Ruf der Firma selbst zeigen. Denn es ist fraglich, ob sich staatliche und kommunale Verwaltungen bei der Aufgabe ihrer Pflichten im Eiletempo zusammengefügten Projektierungsarbeiten bieten lassen werden.

Auch ein Anreizsystem.

Die Kleinbahnfirma Drenstein & Koppel hat, wie aus dem Bericht Nr. 45 hervorgeht, an ihre Angestellten ein Zirkular gerichtet, worin sie verlangt, daß die Angestellten innerhalb der Bureauezeit ihre Arbeit bewältigen müssen. Gehehe dies nicht, so müssen die Vorarbeiter der Abteilungen an die Firmenleitung darüber berichten. Weiter hat sie aber noch folgendes hinzugefügt:

„Um die strebsamen Arbeiter wirksamer zu fördern, sollen an solche Festlohnbestimmungen Bedenken, die durch anbauern den Fleiß gute Leistungen, Pflichttreue und Interesse am Geschäft sich auszeichnen, künftig wieder Gehaltszuzüge in kürzeren Zwischenräumen gegeben werden. Es werden daher seitens des Gehaltsportiers nach wie vor diejenigen Angestellten notiert, welche nach 1/2 Uhr das Bureau erst verlassen, und diese Aufzeichnungen liegen den Unterzeichnenden in entsprechenden Zwischenräumen vor.“

Zweifellos schreibt die Firma nicht vor, was die Angestellten in dieser unbezahlten Überzeit tun sollen. Sie hält es aber wohl für selbstverständlich, daß die Betreffenden die Zeit nicht mit Hitzefangen und dergleichen verbringen werden.

Hinderung an freiwilliger Arbeit!

Wer einen Streikbrecher etwas deutlich die verdiente Verachtung merken läßt, muß schwer dafür leiden. Man nennt dies Strafe. Wer „andere an freiwilliger Arbeit hindert“, dem ist bekanntlich schon „schwerste Strafe“ angedroht worden. Gebadet worden ist in diesen Fällen aber regelmäßig an Arbeiter. Was müßte nun aber eigentlich mit Unternehmern geschehen, die so verfahren, wie aus einem Briefe hervorgeht, der der Deutschen Industriebeamten-Zeitung (Nr. 45, Seite 491) auf den Tisch geloggen ist? Der Brief lautet folgendermaßen:

Vorbereiter Maschinenfabrik und Gießerei.

Bergedorf, den ... 1913.
Kreis Essen (Ruhr).

Herrn M. N.

Zwischen den Firmen:

- Berner & Pöhlcher, Cannstatt-Stuttgart,
- Vorbereiter Maschinenfabrik, Bergedorf,
- Porzellan-Industrie, Düsseldorf,
- S. Veritum, Halle,
- Senftingwerke, Gildesheim,
- Poncellet, Düsseldorf,

ist eine Vereinbarung getroffen, dahingehend, daß die der Vereinbarung Beitretenden sich gegenseitig verpflichten, nicht gegen einander Angeklagte und Kontenure für zu engagieren, oder etwaige an sie ergehende Anerbieten von Angestellten einer vertragsschließenden Firma zu berücksichtigen.

Wir sind beauftragt worden, bei Ihnen anzufragen, ob auch Sie sich einer derartigen Vereinbarung mit anschließenden würden. Es wird auch noch versucht, andere Firmen zu dieser Vereinbarung zu gewinnen!

ges. ppa. Vorbereiter Maschinenfabrik und Gießerei
Th. Rade.

Und die Antwort:

Vorbereiter Maschinenfabrik und Gießerei

Bergedorf.

Von einer Kette zurückgelassen, gebe ich Ihnen heute Nachricht auf Ihre erst. Zuschrift und teile Ihnen daraufhin höchlich mit, daß ich mich erst dann zur Sache selbst äußern kann, wenn Sie mir mitteilen, wer bis heute definitiv seinen Beitritt zugesagt hat und wer event. auf Ihre Anfrage hin ablehnend antwortete. Ich selbst stehe der Sache zwar sympathisch gegenüber, doch möchte ich vor definitiver Entscheidung lieber noch Ihre nähere Nachricht in Empfang nehmen.

Ingolfchen zekume ich hochachtungsvoll M. N.

Sämtliche Firmen liefern Dampfboiler und Kesselmaschinen für Bäder. Die Firma Senftingwerke in Gildesheim ist auch Lieferant für die Arme und die Marine. Durch diese Abmachung beabsichtigen die Firmen nichts geringeres, als ihre Angestellten wehlos zu machen. Angestellte, die die Arbeit wechseln wollen, um vielleicht dadurch ein höheres Gehalt zu erreichen, werden in Zukunft bei diesen Firmen verbotene Taten finden. Entweder müssen sie nun in eine andere Branche hinüberwechseln, was sich nicht immer leicht bewerkstelligen läßt, oder aber sie müssen wohl oder übel bei ihrer Firma aushalten, und zwar zu den Arbeits- und Lohnbedingungen, die ihnen der Unternehmer gültig gewährt. Denn darüber besteht doch kein Zweifel, daß sich der Unternehmer der schwierigen Lage des Angestellten sehr wohl bewußt ist. Im Bewußtsein der Macht, die ihm die geheime Konkurrenzklause gibt, hält er die Gehälter der Angestellten niedrig, und auch an eine Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen denkt er gar nicht. Hoffentlich überhebt die Konkurrenzklause die Unternehmer nicht, die zweifellos gegen die guten Sitten verstoßen.

Eine Niederlage der Gelben.

Die Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg, Werk Augsburg, gilt noch immer als eine Hochburg der Gelben. Im letzten Jahresbericht des gelben Werks wird die Mitgliederzahl auf rund 2600 angegeben. Es ist daher begreiflich, daß man den Wahlen zur Reichstagswahl in diesem Betriebe ein ganz besonderes Interesse entgegenbrachte. Das Ergebnis ist eine ganz empfindliche Niederlage der Gelben. Von 3268 gültigen Stimmen fielen auf die Liste der Metallarbeiter-Verbandes 1516, auf die Liste des gelben Werks 1417 und auf die Liste der Sozialisten 299 Stimmen. Die Freiwahlkandidaten erhalten 19, die Gelben 17 und die Christlichen 4 Vertreter. Die gelben Wähler hatten ungeheure Anstrengungen gemacht, um die im vorigen Jahre bei der Gemeinderatswahl erlittene Niederlage wieder wettzumachen, aber ohne Erfolg. Trotz der hohen Mitgliederzahl konnten sie nicht einmal die Mehrheit der Stimmen erzielen.

Gelbe Angst vor der Arbeitslosenversicherung.

In Eberfeld hatten die Gewerkschaften sämtlicher Richtungen an die Stadtverwaltung eine Eingabe um Einführung einer Arbeitslosenversicherung gemacht. Auch haben die Stadtverordnetenversammlungen in Eberfeld und in Karmin sich mit der Frage befaßt und ein sozialdemokratischer Antrag, in beiden Städten je 20 000 M. zur Verfügung zu stellen, Kommissionen zur weiteren Beratung übergeben. Zugleich wurden die Gewerkschaften und die Handelskammer um ein Gutachten in dieser Frage ersucht. Die Eberfelder Handwerkerkammer machte sich die Sache sehr leicht, indem sie einfach das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit bestritt und eine Versicherung dagegen für zwecklos erklärte. Das hielt sie aber nicht ab, das Center System noch einmal extra zu verdammen.

Zu diesem Grad von Pflichtigkeit konnte der Gutachter der Eberfelder Handelskammer sich doch nicht aufmachen. Die Basis vor zwei Jahren aus eigenem Antrieb schon einmal erklärt, daß viel wichtiger als eine Arbeitslosenversicherung der Schutz der Arbeitswilligen und vor allem ein geschäftliches Verbot des Streikpostens sei. Jetzt läßt sie ihre ablehnenden Gründe in folgenden Gedankenform: Man habe zwar ein „berühmtes Bedauern“ mit den Arbeitslosen, aber eine Arbeitslosenversicherung sei ein ebenso untaugliches wie gefährliches Mittel, weil die Selbstverantwortung der Arbeiter dadurch ausgeschaltet würde. Fleißige und tüchtige Arbeiter seien ja in den seltensten Fällen arbeitslos, und es ginge nicht an, daß die Arbeiter durch die geplante Versicherung statt auf eigenen Sparplan und das eigene Streben sich auf die Güte von Staat und Gemeinde verlassen dürften. Und der ablehnende Standpunkt der Handelskammer werde besonders noch dadurch bestimmt, daß die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ohne Zweifel die in erfreulichem Fortschreiten begriffene Werbereinigung wesentlich beeinträchtigen würde.

Daß die gelbe „Werbereinigungsbewegung“ arbeiterfeindlich ist, haben wir in unserer Nr. 44 (Seite 355) aufs neue nachgewiesen. Maßnahmen, von denen die Masse des Proletariats Vorteil haben könnte, werden von den Gelben und ihren Freunden bekämpft. Darum sind sie auch Gegner der Arbeitslosenunterstützung.

Süß-Donneriana.

Ein ungarischer Süßstein läßt die Schlaueit seines Vaters aus dem Tierreich verurteilen, im Gegensatz zu Meiner Keinele stellt es ebenso läppisch die dreißig Fragen nach Dingen, die es nichts angehen. Es behauptet frisch und frei in Nr. 46 des Regulator, daß, wenn man sich „das Recht herausnimmt, andere Organisationen einer Kritik zu unterziehen, man selbst wahr und offen sein müßte“ und „daß die Mitglieder ein Recht darauf haben zu erfahren, wie groß der Rückgang der Mitgliederzahl ist“. Die Mitglieder, ja — aber das ungarische Süßstein ist doch bei uns glücklicherweise nicht Mitglied. Mit te etiam Rechte fordert denn dieser unter vollkommenem Ausschluß der Öffentlichkeit in Württemberg herumtriefende Süß-Donneriana aus uns? Er soll doch erst einmal in seiner, dem unrettbaren Stiechum vollkommenen Organisation dahin wirken, daß der seit vielen Jahren einseitigen chronische Fortschrittsprozess zahlenmäßig für die Öffentlichkeit, und für die Mitglieder des Gewerkschafts selbst, bekanntgegeben wird. So ein Süßstein, das sich sogar seinen Ortsverwaltungen gegenüber in absoluter Schweigen hüllt, sobald sie die wirklichen Mitgliederzahlen der einzelnen Ortsvereine wissen wollen — der Öffentlichkeit werden diese Zahlen auch von der Berliner Zentrale vorenthalten —, ist doch das letzte Individuum, dem Auskunft zu geben wäre. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes brauchen solche ungarischen Fragen nicht zu stellen, die erhalten allvierteljährlich eine peinlich genaue Zusammenstellung der Mitgliederbewegung, die sich von der der Süß-„u.“ dadurch unterscheidet, daß sie der Wahrheit entspricht, während die von den Süßchen sie und da angegebene allgemeinen Zahlen genau so der Wirklichkeit entsprechen, wie die Ausreden von Keinele Süß-Donneriana gegenüber platten Schindeln sind. Und alljährlich wird vom Deutschen Metallarbeiter-Verband mit der öffentlichen Abrechnung auch der genaue Mitgliederstand jeder Verwaltungsstelle bekannt gemacht. Die Zahlen der Süßchen wirken vielleicht so imponierend, daß sie aus lauter Abneigung gegen „die großen Zahlen“ verschwiegen werden. Um aber zu beweisen, daß unser Süßstein, mit dem wir es im vorliegenden Falle zu tun haben, wider besseres Wissen Behauptungen aufstellt, wollen wir nur feststellen, daß die von ihm aufgeworfenen Fragen längst in aller Deutlichkeit in der Metallarbeiter-Zeitung beantwortet sind.

Wenn nun aber unser schwächliches Süßstein weiter behauptet, „daß es gelinde gesagt eine Unwahrheit sei, daß die Streikbrecher im Reichskampfe aus der Organisation ausgeschlossen seien“, so ist die Aufstellung dieser Behauptung eine Unverschämtheit. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband schließt die Streikbrecher aus in allen Fällen. Bei den Süßchen geht dies nicht und geschieht dies nicht; denn erstens wird der organisierte Arbeitererrat von Süßführern à la Erdelen empfohlen und zweitens würde die Organisation der Süßchen noch bedeutend größere Fortschritte machen, wenn sie die Streikbrecher aus ihren Reihen ausschließen würde, da sie ja — wie der Fall Meißel und viele andere beweisen — mit dem Streikbruch ihre „Stärke“ zu betätigen vermögen. Es ist in Versammlungen und in der Presse wiederholt kein Geheimnis daraus gemacht worden, wie groß die Zahl der Elemente ist, die beim Reichskampfe der organisierten Arbeiterkraft aus den eigenen wie aus fremden Reihen in den Rücken gefallen sind, wie aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband diese Personen zum Kenntnis seiner Mitglieder bringt, darüber braucht er sich zu äußern. In Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung ist zudem eine Bekanntmachung enthalten, die alles Nähere befragt.

Das Pflöckchen leidet sich aber unser „Selbststädter“ Süßstein damit, daß es schreibt: „Betrachtet man die Aufwendungen für diesen Kampf gegenüber der Niederlage, dann wird man gelinde gesagt von unantastbarem Umfang mit Verleumdungen zu reden berechtigt sein.“ Auch Keinele schimpfte, als ihm der Bauer die Gans, die er gestohlen hatte, wieder ablagte. Warum soll unser Süßstein sich nicht wägen, wenn andere Organisationen Geld für einen Kampf ausgeben von einem Umfang, wie ihn die „starke“ Süßvereinigung nie und niemals zu führen in der Lage wäre, da sie dann schon nach wenigen Wochen vor dem Bankrott stehen würde. Daß ein Süßstein, auch wenn es in einem Süßposten steht, nicht dreist, daß es Situationen gibt, wo ein Kampf nicht unangenehm werden kann — Süß sperrte doch auch —, ist weiter nicht verwunderlich, denn diese Süßorganisation, die in einem Süßposten steht nach einem sozial angebauten Unternehmer steht, würde ja selbst mit ihrer bis herigen, streng eingehaltenen Loyalität in den größten Widerspruch kommen, wenn sie sich dazu aufschwingen würde, Arbeiterinteressen zu vertreten. Sie schließt sich aber Süßsteinen an

herum, sucht zu rühren, wo etwas für sie abzufallen scheint, und wenn sie dann trotz ihres Schleichens nicht auf ihre Rechnung kommt und nichts erwirkt, dann schimpft sie auf die anderen, die die armen Süßchen in der strengen Jahreszeit hungern lassen.

Doch noch eines. Süßlich schling der Regulator vor Freude ein paar „Wortchen“, weil man sich in der Metallarbeiter-Zeitung wieder mit den Streikbrechern beschäftigt und ihnen einen Artikel widmet, in dem dreimal so viel Worte waren, als in den ganzen Reichstags-Verhandlungen in Württemberg zusammen Zuförder waren. Wir gönnten dem Regulator die Freude, die er darüber empfand, daß einer unserer Kollegen sich bemüht hat, seine Zeit dazu zu verwenden, die Gesellschaft ernsthaft zu behandeln. Oft wird der Regulator zum Größenwahnsinn führenden Behandlung nicht mehr teilhaftig werden, denn er verdient es wirklich nicht. Die Süßchen und ihr in Württemberg fährlicher Süßstein und Süßstein dazu verleiten, daß wir ihnen, wenn sie zu wenig gefehlt, eine gehörige Stimpfung zuteil werden lassen, und diese hinter einer wirklichen Arbeiterbewegung dreihundertfachen Schicksalhablicher dem verdienten Gehalt und einer ihnen zuzuwandenden Werkförmigkeit teilhaftig werden lassen.

Siegfried.

Die Volkshilfe.

Gewerkschafts-Volkshilfs-Vereinigungen bis zu 1000 M. abzurufen. Die Sparversicherungen sind diese Organe nicht gefast. Auch kann der Versicherung zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1000 M. eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. Das Aktienkapital von 1000 M. — eingezahlt von den Gewerkschaften und Gewerkschaften — wird mit 4 Prozent verzinst. Gewerkschaften können die Versicherungssumme und die Kapitalversicherung der gesamten Arbeiterschaft in den Reichstagen durchsetzen. Das Deutsche Reich. In allen größeren Orten eigene Reichshilfsvereinigungen der Gewerkschaften und Gewerkschaften. Halbmonatliche Zusammenkünfte von 30 bis 40 Personen. Versicherungsbewegungen. Am Beispiel von Berlin. Bei jeder weiteren der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder präventive Versicherung. Rückzahlungsmöglichkeit sofort Gewerkschaften mit Ausnahme der Sparversicherung. Eisen Tarife. Tarif I. Versicherung auf den Todesfall mit abnehmender Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den eingezahlten und um 3/4 Prozent jährlich demnach dem Gewerkschaften beim Tode, spätestens beim 65. Lebensjahre angesetzt. Von 65. Lebensjahre an erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 2/4 Prozent. Tarif II. Versicherung auf den Todesfall und Lebensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Lebensende der Versicherung. Tarif III. Versicherung auf den Todesfall und Lebensfall mit befristeter Prämienzahlung. Tarif IV. Rentenversicherung, verbunden mit Kontraktions-, Invaliditäts- und Ausbezahlungsverpflichtung. Tarif V. Sparversicherung (Volkshilfeversicherung mit unangeführter Prämienzahlung). Tarif VI. Rentenversicherung mit unangeführter Prämienzahlung. — Auskunft bereitwillig bei allen Versicherungsstellen, bei allen Vertrauensleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Reichshilfsvereinigungen. Dasselbe auch Prospekt.

Vom Ausland.

Österreich.

Im September 1912 wurden vom österreichischen Handelsministerium zwei Verordnungen über die Sonntagsruhe und die Arbeitspausen in den kontinuierlichen (ununterbrochenen) Betrieben erlassen. Diese Verordnungen enthielten einige, wenn auch ganz geringfügige Schutzbestimmungen für die Arbeiter, weshalb sie bei den Unternehmern auf bestigen Widerstand stießen. Diesem Widerstand der Unternehmer wird es wohl zuzuschreiben sein, daß die von der Regierung herausgegebenen Durchführungsbestimmungen zu den beiden Verordnungen überaus zahlreich ausfielen und ihren Übertreibungen für und Tor öffneten.

Um nur den in den kontinuierlichen Betrieben beschäftigten Metallarbeitern die beiden Verordnungen mit den notwendigen Erläuterungen zur Kenntnis zu bringen, sie vor einer Umgehung und Mißachtung dieser Bestimmungen durch die Unternehmer zu warnen und um auch zu erfahren, wie in den einzelnen Betrieben die beiden Verordnungen durchgeführt werden, ließ sich der österreichische Metallarbeiterverband veranlassen, eine Konferenz der in diesen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter für Sonntag den 26. und Montag den 27. Oktober einzuberufen, die in Wien tagte und von 85 Delegierten besucht war.

Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes Genosse Domes erstattete das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Verordnungen über die Arbeitspausen und die Sonntagsruhe in den kontinuierlichen Betrieben.“ An dieses Referat knüpfte sich eine sehr lebhaft geführte Debatte. Es wurde eine Resolution angenommen, die prinzipiell die gesetzliche Achtstundensicht verlangt; sie wendet sich gegen die zu geringen Schutzbestimmungen der neuen Verordnungen und fordert vor allem, daß die unternormale Achtstundensicht bei wöchentlichem Schichtwechsel verboten werde. Bezüglich der Sonntagsruhe und des Ersatzruhetages erklärt die Resolution:

„Soll den Arbeitern der kontinuierlichen Betriebe die durch die Verordnungen erlassene 24stündige Sonntagsruhe, beziehungsweise der Ersatzruhetag praktisch gewährleistet bleiben, so muß der Beginn derselben auf 6 Uhr früh, beziehungsweise 6 Uhr abends festgesetzt werden. Dasselbe gilt für die Zeitbestimmung des täglichen Schichtwechsels, damit den Arbeitern eine halbwegs taugliche Nachtruhe gesichert werde. Die Konferenz protestiert ferner dagegen, daß die Unternehmer berechtigt werden, als Ersatz für die 24stündige Sonntagsruhe oder den 24stündigen Ersatzruhetag in der Woche eine zweimal je achtstündige Arbeitspause einzuführen, weil durch diese Berechtigung der Unternehmer sowohl die 24stündige Sonntagsruhe als auch der 24stündige Ersatzruhetag in Frage gestellt und die ganzen Bestimmungen der Verordnung über die Sonntagsruhe fast vollständig wertlos würden.“

Die Konferenz befaßte sich dann mit dem Entlohnungs- und Abrechnungssystem in den Hüttenwerken, worüber ebenfalls Domes referierte. Es wurde beschloffen, den Verbandsvorstand zu beauftragen, durch die sozialdemokratische Parlamentsfraktion eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch die den Arbeitern die wöchentliche Lohnzahlung und das Recht auf Prüfung richtiger Lohnberechnung gesichert werde.“

Schließlich wurde über die Organisationsstatistik unter den Hüttenarbeitern beraten und eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die den Ausbau der Organisation befördern sollen.

Ein langwieriger Streik ist vor einigen Tagen beendet worden. Die Wiener Metallarbeiter und ihre Hilfsarbeiterinnen haben 14 Wochen gestreikt, bis es räumlich zum Abschluß eines Vertrages kam, der für die Arbeiter einen schönen Erfolg bedeutet. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde um eine Stunde vermindert und beträgt jetzt 5 1/2 Stunden. Die Wienerische wurde für die Schichtformen um 8 Heller erhöht. Am 1. Oktober 1916 um erhöhen sich die Arbeiter um weitere 5 Heller. Bei den Einkommen erhöht sich der Marktpreis bei dem Einfließen und Verändern der Schichtformen über den alten Satz um 4 Heller. Hierdurch ist den Beschäftigten eine wesentliche höhere Verdienstmöglichkeit gegeben. Die Mindestwochenlöhne wurden wie folgt festgelegt: a) für Gefäßler die Woche 24 Kr.; b) für Einlegerinnen die Woche 13 Kr. Überstunden werden den Gefäßlern mit 19 und den Einlegerinnen mit 6 Heller Aufschlag die Stunde entlohnt.

W. Schmidt es bei Streiks in Österreich immer noch immer zugeht, zeigt eine Interpellation, die kürzlich der Abgeordnete Domes im Parlament einbrachte. Sie handelt von dem Streik in der Metallwarenfabrik von Joseph Suchan & Söhne in Fischamend. Während dieses Streiks, der nun schon seit Ende Mai dieses Jahres währt, haben sich behördliche Organe eine Reihe von Übergriffen und Willkürhaken gegen die Streikenden zuzuschreiben können lassen. Die geradezu unerhörte Art der Behördensorglosigkeit verurteilt die Ablehnung von Volksvertretungen, die sich mit dem Streik befassen sollten, ja sie wolle nicht etwa die Behinderung einer Versammlung zulassen, in der der

Sozialdemokratische Abgeordnete des Bezirkes seinen Tätigkeitsbericht zu erstatten beabsichtigen. Die Streikposten wurden von Gewerkschaften belästigt, beschimpft und verhaftet. Streikende wurden wiederholt von Amtsborgern belästigt und sogar mißhandelt. Das Verstehe aber ist, daß die Gewerkschaften sich nicht scheuten, dem Unternehmer Zutritt überlassen zu lassen. Durch Zwang und Drohungen verführten sie arbeitslose Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen, während sie sich der ausreißenden Streikbrecher natürlich mit einer geradezu tierischen Mißde annehmen und alle ihre Uebergriffe gegen die Streikenden duldeten. Der Firma Eufonia ist durch die Parteilichkeit der Behörden so sehr der Kamm geschwollen, daß sie in einer Eingabe an das Bezirksgericht einfach die Einperrung der Streikenden verlangt, die sich ihren besonderen Guts gezogen hatten. Man kann wirklich neugierig sein, welche Antwort die Regierung auf die sozialdemokratische Interpellation geben wird. Wenn sie sich aber auch im Parlament zur Erstellung einer Antwort nicht herbeiläßt, so wird sie doch nicht umhin können, den Amtsborgern von Eufonia endlich aufzutragen, mit Unparteilichkeit ihres Amtes zu walten.

Literarisches.

(Zur Befriedigung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Das heilige Feuer. Gesammelte Erzählungen, Aufsätze, Gedichte für die arbeitende Jugend von Jürgen Brand. Stuttgart, Verlag von F. W. Dieck Nachfolger G. m. b. H. 110 Seiten. Preis gebunden 75 P., gebunden 1 M. — Die Herbeischaffung guten Lesestoffes für die Arbeiterjugend ist ohne Zweifel eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. Sie ist aber auch eine der schwersten; das geht schon aus den Klagen hervor, die verschiedene Redner auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag erhoben. Wenn man jemand versucht, der Arbeiterjugend Lesestoff zu bieten, so wird man von vornherein keine Erwartungen nach zu hoch spannen dürfen. Die vorliegende Sammlung von Jürgen Brand soll wohl der Anfang von einer Art Lesebuch für die arbeitende Jugend sein. Ein solches ist nach unserer Meinung das notwendigste, was geschaffen werden muß. Allerdings denken wir es uns wesentlich anders als das vorliegende Buch. Verschiedene von den darin enthaltenen naturwissenschaftlichen Aufsätzen sind nicht übel. Notwendig sind aber auch noch Aufsätze aus der Geschichte. Zum Beispiel läßt sich doch etwas sehr leicht verständliches über die sogenannte Reformation und über die Gründung des neuen Deutschen Reiches schreiben; beides Themen, über die der Jugend in der Schule sehr viel fälschlich eingebracht wird. In einem Artikel über die Gründung der Buchdruckerkunst bemerkt der Verfasser sich, den Lesern die wirtschaftlichen Ursachen des Erfolges einer Erfindung klarzumachen. Diese lassen sich nach unserer Meinung noch augenfälliger an den Schicksalen der Erfindungen James Watts oder Robert Fulton erläutern. Bekanntlich hat doch selbst ein Genie wie Napoleon I. bei der Vorführung des Dampfschiffes dem Erfinder erklärt, er wolle mit solchem Schwindel nichts zu tun haben. Ein Beweis, daß für die damaligen Wirtschaftsverhältnisse die unruhige und langsame Götterbeförderung durch Segelschiffe noch als ausbreitend angesehen wurde. Notwendig sind ferner noch Beispiele aus der Natur und dem Menschenleben vom Wert der gegenseitigen Hilfe, der Solidarität. Sehr gut ist die Anwendung aus der Fabel von der Stadtmäus und der Feldmäus. Solche Sachen kann die Arbeiterjugend noch mehr gebrauchen. Ueberhaupt wird es für unsere Jugendbücherliteratur notwendig sein, an den Lesestoff der Schule anzuknüpfen und die in der Schule gezogenen vielfach tiefen Folgerungen daraus gerade zu ziehen. Wir glauben auch, daß dies die Arbeiterjugend interessieren wird, obgleich sie ja sonst gewöhnlich den Wunsch hat, sich von der Schule die Lehren möglichst wenig kümmern zu lassen. Einige Sachen stehen noch in dem Buch, bei denen es uns zweifelhaft erscheint, ob sie uns in unserer Jugend gefallen hätten. Wir wollen in diesem Artikel davon absehen, sondern abwarten, welche Aufnahme sie bei der heutigen Jugend finden werden. Hoffentlich werden unsere Jugendleiter dies genau beobachten und bei Gelegenheit über ihre Erfahrungen berichten. Dann kann mit der Zeit noch etwas gutes dabei herauskommen. Damit dies möglichst bald geschieht, wünschen wir dem Büchlein weite Verbreitung.

Leitfaden für die Bildungsbewegung in Groß-Berlin. Herausgegeben vom Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. 1. Jahrgang 1913. 85 Seiten. — Eine ziemlich umfangreiche Broschüre, die wir aber mit großer Freude durchgesehen haben. Obwohl ihr Inhalt auf die Arbeiterverhältnisse und die Arbeiterbewegung in Berlin und seinen Vororten bezieht, so werden doch auch andere die Bildungsbewegung der organisierten Arbeiterklasse viel daraus lernen und manche Anregung empfangen können, denn die Herausgeber geben manche wertvolle Erfahrungen zum besten und bringen viel Programmatische, die als Vorbild dienen können. Die auf Seite 38 und 39 befindlichen Bemerkungen über die Druckerei zu den Krankenkassen und den Schulen möchten wir noch durch den Hinweis ergänzen, daß es sich empfiehlt, die Arbeiterjugend nicht zu trennen zu lassen, daß die Arbeiterjugend vorwiegend bleiben, während des Vortrages ungestört, voranzugehen, daß für die Programme nicht geräuschlos — dann aber auch geduldig nur wenig hörbar — Papier verwendet wird.

Sozialistische Kampfbücher von Hugo Hilke ist der Titel des neuesten Heftes von Sozialdemokratische Gemeindepolitik; kommunalpolitische Verhandlungen, herausgegeben unter Leitung von Paul Fritz. Preis 50 P. Eine Ausgabe auf bestem Papier gedruckt liefert i. A. Verlag Buchhandlung Bornhörs Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin S.W. 62. — Mit der Herausgabe dieser Sammlung wird der Zweck verfolgt, den in Gemeindepolitikungen tätigen Gewerkschaften in die Hand zu geben, das Wissen in der Vertretung der sozialdemokratischen Forderungen von Nutzen sein soll und dazu soll auch die breite Masse des Volkes angeleitet werden über die Bedeutung einer planmäßig dem sozialdemokratischen Standpunkt aus betriebenen Gemeindepolitik. Jedes Heft ist abgegrenzt und kann einzeln bezogen werden. Die Bedeutung des vorliegenden Heftes ergibt sich aus seiner Inhaltsangabe: I. Die Stadt und die Stadt. II. Das Bild der Stadt. III. Das Kampfbild der Stadt. IV. Die Aufgaben der Stadt. V. Die Kampforganisation der Stadt. VI. Das Kampfbild der Stadt. VII. Die Stadt und das Land. Umfang: Ausgaben der Städte für Kulturämter, Literatur über künftigen Städtebau.

Die neue Reichsgesetz betr. den Reichsbeitrag und die Reichssteuer (Vermögenszuwachs) vom 3. Juni 1913. Taschenrechner. Gesellschaft 2 Schwarz & Co., Berlin S.W. 14, Dresdenstraße 80. 64 Seiten. Preis 1,10 M. 3a. Zweite Ausgabe 1,20 M.

Das Satzungsbuch. Die Satzung zu einem Satzungsbuch. Von Professor Dr. Schmidt. Verlag: Hermann Schmidt-Berlin. 64 Seiten. 60 Abbildungen. Preis 1 M. (Porto 10 P.). — Eine nicht übel geschriebene und höchst angelegentlich propagandistische Schrift für das Satzungsbuch.

Klagen, Strafen und Strafbefehle der Metallarbeiter

(S. a. S.) Sammlung.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Oktober 1913.

Einnahmen:

Bez. Köln 150 M.	Wagen 119,60 M.	W. Schmitt 100 M.
W. Berg 200 M.	W. Müller 150 M.	W. Müller 300 M.
W. Müller 100 M.	W. Müller 100 M.	W. Müller 100 M.
W. Müller 100 M.	W. Müller 100 M.	W. Müller 100 M.
W. Müller 100 M.	W. Müller 100 M.	W. Müller 100 M.

400. Berlin III 800.	Berlin IV 400.	Beßingen 100.	Biesfang 80.
Brake a. d. Weser 50.	Breidenstein 92.	Bremerhaven 125.	Bruchhausen 800.
Brück i. d. Mark 45,53.	Büchenbrunn 50.	Bücherich 190.	Bulach-Beierthelm 200.
Burgau 50.	Burg a. d. Wupper 100.	Burgfarnbach 100.	Busenborf 160.
Cannstatt 200.	Cassell-Beierthelm 75.	Charlottenburg 300.	Chemnitz 250.
Chemnitz-Kappel 150.	Elm-Sitz 200.	Golditz 20.	Gronenberg 150.
Grünbach 80.	Danienberg 150.	Danzig 100.	Darmstadt 200.
Darmstadt-Besungen 200.	Niederbach 400.	Dinsteln 200.	Döbeln 100.
Dortmund I 500.	Dortmund II 50.	Dresden-Neustadt 300.	Dümpfen 300.
Düren 200.	Düsselborf 250.	Düsselborf-Eiler 100.	Düsselborf-Fingern 800.
Düsselborf-Grafenberg 150.	Düsselborf-Heerdt 100.	Düsselborf-Oberbühl 50.	Düsselborf-Werfen 150.
Duisburg-Deed 700.	Duisburg-Hochfeld 400.	Duisburg-Naar 400.	Duisburg-Weidertich I 300.
Duisburg-Wanheim 200.	Duderstadt 20.	Eberstadt 100.	Eberstraße 250.
Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.
Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.

Mitglieder-Veranstaltungen.

400. Berlin III 800.	Berlin IV 400.	Beßingen 100.	Biesfang 80.
Brake a. d. Weser 50.	Breidenstein 92.	Bremerhaven 125.	Bruchhausen 800.
Brück i. d. Mark 45,53.	Büchenbrunn 50.	Bücherich 190.	Bulach-Beierthelm 200.
Burgau 50.	Burg a. d. Wupper 100.	Burgfarnbach 100.	Busenborf 160.
Cannstatt 200.	Cassell-Beierthelm 75.	Charlottenburg 300.	Chemnitz 250.
Chemnitz-Kappel 150.	Elm-Sitz 200.	Golditz 20.	Gronenberg 150.
Grünbach 80.	Danienberg 150.	Danzig 100.	Darmstadt 200.
Darmstadt-Besungen 200.	Niederbach 400.	Dinsteln 200.	Döbeln 100.
Dortmund I 500.	Dortmund II 50.	Dresden-Neustadt 300.	Dümpfen 300.
Düren 200.	Düsselborf 250.	Düsselborf-Eiler 100.	Düsselborf-Fingern 800.
Düsselborf-Grafenberg 150.	Düsselborf-Heerdt 100.	Düsselborf-Oberbühl 50.	Düsselborf-Werfen 150.
Duisburg-Deed 700.	Duisburg-Hochfeld 400.	Duisburg-Naar 400.	Duisburg-Weidertich I 300.
Duisburg-Wanheim 200.	Duderstadt 20.	Eberstadt 100.	Eberstraße 250.
Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.
Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.

Mitglieder-Veranstaltungen.

400. Berlin III 800.	Berlin IV 400.	Beßingen 100.	Biesfang 80.
Brake a. d. Weser 50.	Breidenstein 92.	Bremerhaven 125.	Bruchhausen 800.
Brück i. d. Mark 45,53.	Büchenbrunn 50.	Bücherich 190.	Bulach-Beierthelm 200.
Burgau 50.	Burg a. d. Wupper 100.	Burgfarnbach 100.	Busenborf 160.
Cannstatt 200.	Cassell-Beierthelm 75.	Charlottenburg 300.	Chemnitz 250.
Chemnitz-Kappel 150.	Elm-Sitz 200.	Golditz 20.	Gronenberg 150.
Grünbach 80.	Danienberg 150.	Danzig 100.	Darmstadt 200.
Darmstadt-Besungen 200.	Niederbach 400.	Dinsteln 200.	Döbeln 100.
Dortmund I 500.	Dortmund II 50.	Dresden-Neustadt 300.	Dümpfen 300.
Düren 200.	Düsselborf 250.	Düsselborf-Eiler 100.	Düsselborf-Fingern 800.
Düsselborf-Grafenberg 150.	Düsselborf-Heerdt 100.	Düsselborf-Oberbühl 50.	Düsselborf-Werfen 150.
Duisburg-Deed 700.	Duisburg-Hochfeld 400.	Duisburg-Naar 400.	Duisburg-Weidertich I 300.
Duisburg-Wanheim 200.	Duderstadt 20.	Eberstadt 100.	Eberstraße 250.
Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.
Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.	Eberstadt 250.

Bilanz:

Einnahmen	59688,74 M.
Abgaben	34801,34 M.
Mehreinnahmen	24887,40 M.
Zuflussbestand am 1. Oktober 1913	2652791,28 M.
Zuflussbestand am 31. 1913	2677678,68 M.

Die für die Strafbefehle sowie für die Strafbefehle bestimmten Beiträge sind jetzt nur an das Bureau der Kasse unter der Aufsicht: Allgemeine Strafen und Strafbefehle der Metallarbeiter (S. a. S.), Hauptamt I, Beidenbacherstr. 70, zu richten.

Bei jeder Selbsterhebung an die Hauptkasse ist jetzt auf dem Couvert der Anweisung anzugeben, ob der Betrag für die Strafbefehle oder für die Strafbefehle bestimmt ist, und wenn für beide Klassen, dann beider für jede.

Dr. Carl E. Schmitt, Hauptkassierer.

Abrechnung über den Kassenbeitrag und Agitationsfonds vom 8. August bis 7. November 1913.

Einnahme	Urbach, Bez. Köln 10 M.	Wahlberg b. Karlsruhe 20 M.	W. Müller 10 M.
Einnahme	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.
Einnahme	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.
Einnahme	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.
Einnahme	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.	W. Müller 10 M.

Bulach-Beierthelm 10. Sachsenhausen, Ueberbüsch vom Wohltätigkeitsfest der Filiale 117. Hochstein, Filiale Winnweiler 30. Ueberbüsch vom Herbstergnügen der Filiale Leipzig-West, Leipzig-Klein-Neudorf 60. Berlin V 150. Braunschweig 30,70. München 20. Würzburg 24,50. Unterlössen 19. Panitzsch 10. Köschitz 10. Ueberbüsch vom Sommerergnügen der Filiale Berlin und Umgebung 500. Ferndorf 21,57. Köln-Dingst 7. Zinsen 43,63. Zusammen 1299,87 M.

U s g a b e:

Carl Palmer, Cannstatt 45 M.	E. Stiel, Chemnitz 50 M.	R. Kappeler, Berlin IX 40 M.	W. Frost, Magdeburg 50 M.
G. Stüber, Sachhausen 35 M.	J. Schröder, Hilden (Rheinland) 25 M.	D. Klasse, Berlin V 15 M.	W. Günther, Hannover 45 M.
F. Schickel, Hildesheim 40 M.	H. Potter, Dellbrück 45 M.	H. Petrich, Danneberg 20 M.	Ein Scheinbuch 2,50 M.
Porto und Postgebühren 3,90 M.	Fahrtgeld an Revisoren 0,40 M.	Zusammen 426,80 M.	

Bilanz: 1299,87 M. Ausgaben: 426,80 M. Mehreinnahmen: 873,07 M. Dazu Kassenbestand vom 8. August 1913: 9815,44 M. Kassenbestand am 7. November 1913: 10688,61 M.

Berlin, 12. November 1913. Paul Deutschmann.

Berichtigung. In der letzten in Nr. 35 vom 30. August der Metallarbeiter-Zeitung erfolgten Abrechnung muß es am Anfang unter Einnahmen statt Mannheim-Schweiger Vorstadt 90,80 M. heißen: Sämtliche Filialen Mannheims 90,80 M.

Revidiert und für richtig befunden. Josef Wieloch, Wilhelm Rotzoll.

Verbands-Anzeigen.

Freitag, 5. Dezember: Adnigberg i. Pr. Münzstr. 24b, 8. Samstag, 6. Dezember: Nachen. Neue Welt, halb 9 Uhr. Chemnitz (Klempner) Pulmbacher Bierhalle, halb 9 Uhr. Celle. Stellmann, Blumlage 7, 1/2. Dresden. (Geigungsamt) Volkshaus, Rühlbergstr. 2, halb 9 Uhr. Essen (Geigungsamt) Giffelthum, halb 9 Uhr. Magdeburg (Elektronenteur) Lindigkeit, Bahnhofsstr. 15b, halb 9 Uhr. Rühlhausen i. E. Giffelhof, 8 Uhr. Reutewied a. Rh. Juppelin, 1/2 Uhr. Wolgast (Hummern) Schulz, halb 9 Uhr. Sonntag, 7. Dezember: Köber (Geigungsamt) Gemeindefesthaus, vorm. halb 10 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Saunigen. Geschäftsstunden des Kassierers abends 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr, Sonntags 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr. Unterführung an Kranke und Arbeitslose Sonnabends. Markt-Beitrag (Bayern). Wir erlauben um Angabe der Adresse des Dreher Franz Dörfler, geb. 2. April 1881 zu Niedergerogental in Böhmen, Buch-Str. 1, 768802, an Christl Eubemann, Danmstr. 12, 1. Stettin. Zum Geschäftsführer wurde der bisherige Kassierere Carl Schickel (Stettin) gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Gestorben.

Bremerhaven. Frh. Richter, Kupfer- schied, 57 Jahre (99). — Georg Seitz, Bucharbeiter. — Frh. Schiller, Schiffsbauer, 22 J. — W. G. Rabe, Werkarbeiter, 67 Jahre (99). — Hermann Quandt, Arbeiter, 30 J. (100). — G. Schütz, Kranführer, 33 J. (101). — Hermann Peters, Schloffer, 30 J. (102). — Wozsch-Brandach, Marie-Schulze, Hausfrau, 37 J., Wasserfucht (99).

Privat-Anzeigen.

(Anfragen betr. die Arbeitervereine sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.) Mehrere tüchtige Mechaniker sowie Brückenarbeiter und Einsteller zu baldigem Eintritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften an Carl Zeiss, Jena.

Einige tüchtige Feinmechaniker

sofort gesucht für Mikrometer nach amerikanischem System. Es wird nur auf solche Kräfte rechnet, die auf Mikrometer perfekt arbeiten können. Offerten sind unter N. N. 2276 an den Verlag d. Bl. zu richten. 1276

Ein tüchtiger Metallarbeiter, der selbstständig arbeiten kann, wird für dauernde Arbeit gesucht von G. H. Sauer-Schleier, Schweinitz (Mittelsachsen).

Mehrere tüchtige, ordentl. verheir. Waagen-Monteur sofort gegen guten Lohn für dauernde Arbeit gesucht. Sogener Waagenfabrik, Paul Thedinga, Sagen i. S.

Durch alle Verwaltungsstellen sowie durch unterzeichneten Verlag ist zu beziehen der in Mitgliederkreisen allgemein beliebte

Metallarbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1914

Derselbe enthält außer seinem reichhaltigen Text noch Blätter für Cages- und sonstige Notizen, und ist zum erstenmal mit einem guten schreibfähigen Bleistift ausgestattet. Bei dem billigen Preise des Kalenders sollte kein Verbandsmitglied versäumen, sich dieses wichtige und unentbehrliche Nachschlagewerk anzuschaffen. Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pf. pro Stück, inklusive Porto. Versand bis zu 10 Exempl. nur gegen Voreinsendung des Betrags und unter Berechnung des Portos.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.